Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit v. 20. Juli bis 26. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstr. 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 171 — Donnerstag, 24. Juli 1924 — 31. Jahrgang

Wolken über Europa.

Lübeck, 24. Juli.

In London hat man sich ziemlich festgefahren. In keinem der wesentlichen Punkte hat man sich bisher einigen können und die gestern abgehaltene Vollsitzung der Konferenz hatte auch mehr dekorative Bedeutung. Schuld an dem bisherigen Mißerfolg ist zweifellos die französische Delegation, die zwischen nationalistischer Halsstarrigkeit und vernünftigen Zugeständnissen haltlos hin- und herpendelt.

Auf der anderen Seite arbeitet Macdonald, unterstützt von der amerikanischen Regierung, die in dauernder direkter Fühlungnahme mit London steht, zäh an dem Zustandekommen einer internationalen Verständigung.

Wird er Erfolg haben? — Das ist die große Frage, von der im Augenblick alles abhängt. Wir glauben nach wie vor, daß nach vielem Hin und Her Frankreich sich doch der von allen Einsichtigen Europas und Amerikas geforderten Regelung der Vernunft wird beugen müssen. Bestärkt wird unsere Hoffnung durch die Haltung der französischen Linkspresse, die Herriot deutlich zu verstehen gibt, daß sie sich für die Aussicht einer glänzenden Isolierung bedanken, und von ihm ein weit entschiedeneres Entgegenkommen Deutschland gegenüber verlangen. So greift die linksbürgerliche „Ere Nouvelle“ Herriots Haltung in der Frage der Zulassung Deutschlands zur Konferenz auf das Schärfste an. Man werde beim besten Willen nicht beweisen können, daß der Dawes-Plan nicht gewisse Bestimmungen enthalte, die über den Friedensvertrag hinaus gingen und deshalb könne man Deutschland nicht das Recht verweigern, darüber zu diskutieren. Die deutschen Forderungen gingen in dieser Hinsicht nicht über das hinaus, was es billigerweise verlangen könnte. Im übrigen seien die Erfolge der Methode, die man bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages und des Londoner Zahlungsplanes angewandt habe, wirklich nicht so glänzend, daß man sie heute wiederholen müsse. Ganz in demselben Sinne äußert sich auch der „Quotidien“.

Selbstverständlich sind die Poincaristen hoch befriedigt, daß bisher so wenig erreicht wurde; aber sie allein bestimmen ja doch nicht das Schicksal Europas.

*

Da erhalten sie plötzlich willkommene Unterstützung aus Deutschland.

Es wäre ja seltsam, wenn die Deutschnationalen diese schwüle Atmosphäre nicht ausnützen würden, um für sich im Trüben zu fischen. Und schon melden sie sich mit einer Entschließung, die so ungefähr das Wahnsinnigste ist, was wir selbst von dieser Seite, von der wir ja einiges gewohnt sind, bisher erlebt haben.

Eins muß man zugeben, ist es gleich Wahnsinn, so ist es doch Wahnsinn mit Methode. Und so steht mit schöner Folgerichtigkeit die wahnsinnigste Forderung am Schluß.

Deutschland solle in London die Kriegsschuldfrage aufrollen und die Abänderung des Versailler Vertrages in diesem Punkte fordern. Selbstverständlich weiß auch jeder noch so verbohrte Deutschnationale, daß das die einzige Folge haben würde, daß die deutschen Unterhändler an die Luft gesetzt würden und Deutschland als Sprenger der Konferenz dastünde.

Aber das ist ja gerade das Ziel. Was schadet es, wenn das Rheinland weiter ausgesogen wird, wenn Diktate und Sanktionen von Neuem auf uns herunterhageln? Das stärkt doch die nationale Stimmung, und vielleicht gibt es dann doch wieder mal einen neuen Krieg.

*

Die Vollsitzung der Konferenz.

London, 23. Juli.

Am Mittwoch nachmittag hat im Auswärtigen Amt die **Vollversammlung der Londoner Konferenz** getagt. Auf ihr waren zum ersten Male auch die englischen Dominions direkt vertreten. Ihre Delegierten beschränkten sich auf die Rolle von Beobachtern. Die Sitzung hat nur eine Stunde gedauert. Sie war bereits um 5 Uhr zu Ende. Beschlüsse von irgendwelcher Bedeutung wurden nicht gefaßt. Die bereits ausgearbeiteten Berichte der Ausschüsse wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen. **Die erste Kommission** wurde beauftragt, **die Beratungen über die Feststellung deutscher Verfehlungen** und ihrer Ahndung auf der Grundlage der eingebrachten Kompromißvorschläge **weiter zu führen. Der zweiten Kommission** wurde es überlassen, eine Verständigung über die **Kontrolle der strategischen Eisenbahnlinien zu finden. Die Frage der Einladung der deutschen Regierung zur Konferenz** ist einem **zweigliedrigen juristischen Ausschuß** überwiesen worden.

Herriot verteidigt sich.

London, 24. Juli. (Radio.)

Herriot hat am Mittwoch abend die Vertreter der französischen Presse zusammengerufen und sie gebeten, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Er hat erklärt, daß er in den prinzipiellen Fragen fest bleiben werde, daß man aber den alliierten Regierungen Zeit lassen müsse, zur Regelung aller Meinungsverschiedenheiten. Daß dies um so schwieriger sei, als man während 2½ Jahren jeden versöhnlichen Kontakt vermißt habe. Er gab der **Ueberzeugung** Ausdruck, **daß es gelingen werde, eine Verständigung zu erzielen,** ließ jedoch durchblicken, daß die Konferenz kaum vor Anfang August zu Ende gehen werde.

Die Forderungen der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstag abend folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Mehrheit des Reichstages hat, indem sie die erste Lesung des Notetats auf Freitag verschob, es geflissentlich unmöglich gemacht, bei der einzigen sich bietenden Gelegenheit rechtzeitig im Reichstag die Richtlinien festzulegen, die von der Reichsregierung auf der Londoner Konferenz einzuhalten sind. Das ist um so unverantwortlicher, als die Politik der gegenwärtigen Reichsregierung zu Illusionen geführt hat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion sieht sich deshalb genötigt, auf diesem Wege vor allem folgende Forderungen an die Regierung zu richten: 1. An den Verhandlungen der Londoner Konferenz darf die deutsche Regierung nur teilnehmen, wenn sie nicht zur Entgegennahme eines Diktats hinzugezogen, sondern als gleichberechtigter Teilnehmer zu den Verhandlungen eingeladen wird. 2. Alle von den Besatzungsbehörden während und nach dem Ruhreinbruch verurteilten Gefangenen sind freizugeben, alle aus dem alt- und neubesetzten Gebiet Ausgewiesenen sind in die Heimat zurückzuführen und in ihre Rechte wieder einzusetzen. 3. Die Einbruchs- und sogenannten Sanktionsgebiete sind unverzüglich wirtschaftlich freizugeben und militärisch zu räumen. 4. Für das altbesetzte Gebiet ist unverzüglich die wirtschaftliche und Verwaltungshoheit des Deutschen Reiches einschließlich der vollen Einheitlichkeit des Einbruchsgebiets wieder herzustellen und die Anerkennung wieder zu sichern, daß die Fristen für die Räumung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen begonnen haben. 5. Deutschland muß gegen zukünftige sogenannte Sanktionen in jeder Form gesichert sein. 6. Forderungen, die nicht wirklich erfüllt werden können, oder die gegen die Würde oder Unabhängigkeit Deutschlands verstoßen, dürfen nicht zugestanden werden. 7. Das der Wahrheit widersprechende Schuldbekenntnis des Artikels 231 des Versailler Vertrages ist in aller Form zu widerrufen. Abmachungen, die diesen Mindestbedingungen nicht entsprechen, werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen.“

Das Ziel der deutschnationalen Politik.

SPD. Berlin, 24. Juli. (Radio.)

Ein Teil der deutschen Presse hat die von den Deutschnationalen gestellten Bedingungen zur Londoner Konferenz nicht ganz ernst genommen. Gegen diese Tatsache wendet sich heute die „Deutsche Tageszeitung“ in Ausführungen, die für die Verabschiedung auf Grund des Gutachtens erforderlichen Gesetze von gewisser Bedeutung sein dürften. Das Blatt schreibt:

„Auf Grund unserer guten Kenntnis der Stimmung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion können wir versichern, daß, wenn diese Mindestbedingungen nicht erreicht würden, die Deutschnationalen geschlossen den Dawes-Plan ablehnen werden und da nicht gut ein Zweifel darüber bestehen kann, daß das Eisenbahngesetz unter Abänderung der Reichsverfassung, also mit Zweidrittelmehrheit ins Leben treten könnte, so würde allem Ermessen nach das deutschnationale „Nein“ das Scheitern des ganzen Planes bedeuten. Das mag sich vor allem die deutsche Reichsregierung für die bevorstehenden entscheidenden Verhandlungen vor Augen halten.“

Zum Schluß des fraglichen Artikels heißt es dann:

„Entscheidend ist und bleibt, daß die ganze Einrichtung der Reparationskommission in dem Dawes-Plan mit seinen eigenen, ungeheuer weitgehenden Kontrollen nicht das Geringste zu suchen hat. Ihre Beibehaltung, gleichviel in welcher Form, würde zugleich, weil dafür eben keinerlei sachliche Begründung mehr geltend gemacht werden könnten, hat gegen die Würde Deutschlands verstoßen, wird also nicht nur mit der 5., sondern auch mit der 6. deutschnationalen Forderung unvereinbar sein.“

Da die Reparationskommission voraussichtlich in ihren Rechten kaum stark beschränkt wird, ist also anzunehmen, daß die Deutschnationalen die Ausführungsgesetze planen. In diesem Falle würde nichts anderes als die Auflösung des Reichstages erfolgen, aber diese Frage scheint im Augenblick nicht das Wichtigste, wichtiger ist vorläufig die Feststellung, daß die „Deutsche Tagesztg.“, deren Artikel scheinbar im Auftrage der deutschnationalen Fraktion verfaßt wurde, die Interessen Deutschlands wieder einmal geschädigt hat, indem sie gegenüber der Londoner Konferenz den Nachweis zur Berechtigung einer Sanktionsklausel führte. Die französische Delegation wird sich zweifellos ohne Zögern auf die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ stürzen und die Notwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln in den Londoner Vereinbarungen an Hand dieser deutschnationalen Erklärungen begründen. Man kann es weder ihr verdenken, wenn sie so vorgeht, noch kann man es den Anleihegebern verübeln, wenn sie auf Grund solcher Erklärungen, wie sie in der „Deutschen Tageszeitung“ zu finden sind, sich hundertmal überlegen, ob sie bei derart unsicheren Verhältnissen in Deutschland überhaupt noch Anlaß haben, dem deutschen Volke zu helfen. Schließlich aber ist das der Zweck der Auslassungen in der „Deutschen Tageszeitung“. Sie und die deutschnationale Fraktion wollen die Katastrophe.

Kapital und Presse.

Die Zeitungsunternehmer als „Herren im Hause“.

Zwei Tagungen wichtiger Berufsgruppen, die vor kurzem zu gleicher Zeit, aber an weit voneinander entfernten Orten stattfanden, sind in der Oeffentlichkeit bisher so ziemlich unbeachtet geblieben, trotzdem ihre Verhandlungen nicht nur den engsten Berufskreis, sondern in hervorragendem Maße jedermann im Volke interessieren sollten. Es handelt sich um die Hauptversammlung des „Vereins deutscher Zeitungsverleger“, die in Stuttgart tagte, und um den „Reichsverband der deutschen Presse“, die Berufsvereinigung der Redakteure, der seine Jahresversammlung am anderen Ende des Reiches, in Königsberg abhielt. Auf beiden Kongressen bildete den wichtigsten Gegenstand der Beratung das **Verhältnis der Redakteure zum Unternehmer,** der verantwortlichen Schriftleiter zu dem zumeist namenlosen „Verlag“. Die Zuspitzung dieses Verhältnisses hat zu der Forderung nach einem Journalistengesetz geführt, für das die Redakteure eintreten, das aber die Verleger mit großer Energie ablehnen.

Oberflächliche Beurteiler meinen, es handle sich hier wie dort um Berufsfragen der Presse, die nur die Nächstbeteiligten selbst angingen. In Wirklichkeit sind alle Fragen, die die Presse angehen, allgemeine Volksangelegenheiten von höchster Bedeutung.

Es gibt in Deutschland kaum einen erwachsenen Menschen, der nicht mehr oder minder regelmäßig eine Zeitung liest, und sehr wenige erwachsene Menschen, die über eine andere Quelle der Fortbildung und der Unterrichtung verfügen, als ihre Zeitung. Für die allgemeine Volksbildung und für die Richtung der deutschen Politik ist die Presse ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung.

Wäre diese unbestreitbare Tatsache erst so richtig in das Bewußtsein der Volksmassen eingedrungen, so wäre die stumpfe Gleichgültigkeit, mit der man in weitesten Kreisen allen Fragen der Presse begegnet, eine Unmöglichkeit. So aber konnte sich im bürgerlichen Zeitungsbetrieb eine tiefgreifende Umwälzung anbahnen, die von den Konsumenten der bürgerlichen „öffentlichen Meinung“ kaum bemerkt wurde.

In früheren Zeiten war die bürgerliche Zeitung ganz allgemein das Unternehmen eines einzelnen Verlegers, der zwar zu den politischen Streitfragen eine mehr oder weniger ausgeprägte Stellung besaß, dem es aber vor allem darauf ankam, ein absatzfähiges Produkt auf den Markt zu werfen. Zwischen dem Kapitalisten und seinen Arbeitern, den Redakteuren, bestand im allgemeinen ein einigermaßen patriarchalisches Verhältnis.

Jetzt ist die Umwandlung der Zeitungsunternehmungen in Aktiengesellschaften an der Tagesordnung. An die Stelle der Verlegerpersönlichkeit tritt eine namenlose Gesellschaft von Aktienpaket-Besitzern, die durch einen angestellten Verlagsdirektor als Auftraggeber den Redakteuren entgegentritt. Umfangreiche Vertrustungen sind im Zuge. Die Zeitungsunternehmungen sind dann nicht mehr reine Erwerbsunternehmungen, die auf sich allein gestellt sind, sondern sie stehen durch Personalunion des Aktienbesitzes **mit Erwerbsunternehmungen ganz anderer Art,** die mit dem Zeitungsbetrieb und der hier stets vorgeschützten „Wahrnehmung öffentlicher Interessen“ nicht das geringste zu tun haben, in unterirdischer Verbindung.

Diese bedenkliche und gefährliche Verbindung erstreckt sich nicht nur auf das Endprodukt des journalistischen Betriebes, die „Zeitung“, sondern sie hat ganz besonders auch die Lieferanten der Redaktionen, die Nachrichtenbureaus, erfaßt. Hier droht sie besonders wirkungsvoll und verderblich zu werden, weil sich von hier aus der unlautere Einfluß in unzählige Zeitungen verbreitet, deren Redakteure oft gar nicht wissen, wessen Interessen sie damit Vorschub leisten.

Denkt man sich diese Entwickelung bis ans Ende fortgesetzt, und denkt man aus dem Bilde die sozialdemokratische Presse weg, so ergibt sich eine vollständige **Beherrschung des deutschen Zeitungswesens durch anonyme Kapitalinteressen** und eine Herrschaft dieser Interessen durch das Mittel der Presse über den Staat selbst.

Das uns nächstliegende Mittel zur Hemmung dieses Prozesses ist die Stärkung der sozialdemokratischen Presse, was ebensoviel heißt, wie das Gemeinwohl den dunklen Interessen der Kapitalistencliquen entgegenzustellen. Darüber hinaus kann uns aber auch der Abwehrkampf der bürgerlichen Journalisten gegen ihr Versinken in immer schmachvollere Abhängigkeit nicht gleichgültig sein. Es ist anzuerkennen, daß sich der Reichsverband der deutschen Presse nicht darauf beschränkt, gegenüber den Arbeitgebern im Zeitungsgewerbe materielle Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, sondern daß in ihm auch Bestrebungen vorhanden sind, um die geistige Unabhängigkeit des deutschen Zeitungsschreibers einigermaßen herzustellen.

Von diesem Standpunkt aus gewinnt der Kampf um das Journalistengesetz prinzipielle Bedeutung. In Oesterreich ist ein solches Gesetz unter hervorragender Mitwirkung unseres Parteigenossen, des Chefredakteurs der Wiener „Arbeiterzeitung“ Fritz Austerlitz, zustande gekommen, und es hat wenigstens die Wirkung gehabt, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen und den Redakteur vor der ärgsten Willkür seines kapitalistischen Arbeitgebers zu schützen.

Da die deutsche Presse über die Reichsgrenzen hinaus ein geistiges Ganze darstellt, liegt der Gedanke nahe, die deutsche und die

österreichische Gesetzgebung einander möglichst anzugleichen. Jedenfalls ist zu verlangen, daß das deutsche Journalistengesetz hinter dem österreichischen nicht zurückbleibt, sondern eher noch jenseits der Grenzen zu neuen Fortschritten anspornt.

Der Redakteur muß wissen, wem er dient, und der Leser muß erfahren können, wem sein Blatt gehört. Ein Redakteur, der gezwungen ist, seinen Posten aufzugeben, weil er sich aus Gründen der Ueberzeugung und der Reinlichkeit den ihm gestellten Zumutungen nicht fügen kann, muß durch ausreichende Entschädigung davor bewahrt sein, daß seine Ueberzeugungstreue mit dem Hungertode bestraft wird. Die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung muß nicht nur in strafrechtlicher, sondern auch **in politischer und moralischer Beziehung bei der Redaktion** liegen!

Man darf nun freilich nicht glauben, daß es dadurch möglich wäre, das Uebel völlig zu beseitigen. Dem Kapital wird es nie an Federn fehlen, die sich ihm bedenkenlos verkaufen. Auch auf diesem Gebiete hat die materielle Not und die sittliche Verwahrlosung der Nachkriegszeit ihre Wirkung getan, die sich in dem sittlichen Tiefstand einer gewissen Presse, in ihrer unflätigen Art der Polemik und in ihren groben Tendenzlügen deutlich genug widerspiegelt. Aber es ist schon ein Gewinn oder eine Vermeidung von Verlust, wenn nicht die ganze bürgerliche Presse verhugenbergt wird.

Darum gebührt dem Kampf bürgerlicher Journalisten um ihre eigene Unabhängigkeit und um die Reinlichkeit der deutschen Presse unsere volle Sympathie. Um so mehr, als schon bei den Vorberatungen dieses Gesetzes, für das im Reichsministerium des Innern ein Referentenentwurf hergestellt ist, die wirtschaftliche Machtstellung der Zeitungsunternehmer sich in übelster Weise geltend macht. Trotzdem es sich keineswegs um Fragen häuslicher Natur handelt, sondern im weitesten Sinne um solche öffentlichen Interesses, schweigt sich fast die ganze bürgerliche Presse über diese Angelegenheit völlig aus. Ist das auf freiwillige Entschließung der beteiligten Redakteure zurückzuführen? Keineswegs. Die Verlegervereinigung, allen voran der „Verein deutscher Zeitungsverleger", haben ihre Mitglieder aufgefordert, **auf jeden Fall die Besprechung des Journalistengesetzes in der Tagespresse zu verhindern**, oder doch nur im Einzelfall **nach vorheriger Zustimmung des Verlegers oder seines Beauftragten zu gestatten!**

Während die Verleger auf ihrer Tagung in Stuttgart, bei Anwesenheit des Ministers Jarres in den schärfsten Tönen sich jedes Hineinreden des Staates in ihr Verhältnis zu ihren „schreibenden Angestellten" verbaten, haben sie gleichzeitig im Lande die Anweisung ergehen lassen, daß die offiziellen Berichte über diese Scharfmachertagung **vollinhaltlich in „ihren" Blättern abgedruckt würden**, während die Berichte über Kundgebungen des Redakteurverbandes vorheriger Genehmigung durch die Herren Unternehmer bedurften und infolgedessen vielfach unter den Tisch fielen.

So wird die wirtschaftliche Machtstellung der kapitalistischen Zeitungsunternehmer mißbraucht, um Fragen öffentlichen Interesses und öffentlichen Rechts vor den Lesern zu verheimlichen! Unter diesen Umständen erwächst der sozialdemokratischen Presse die Pflicht, den Schleier von diesen Dingen zu ziehen und die Oeffentlichkeit auf das Spiel hinzuweisen, das da gespielt wird. Schließlich werden auch die bürgerlichen Journalisten — vielleicht besser als mancher andere — begreifen, welch ein Verdienst an der Allgemeinheit sich die deutschen Arbeiter erwarben, indem sie sich aus kümmerlichen Anfängen und unter großen Opfern eine eigene Presse schufen, die von kapitalistischen Einflüssen unabhängig ist. Begriffe es jedermann aus dem arbeitenden Volke ebensogut, dann wäre unser öffentliches Leben sauberer und der Kampf gegen die kapitalistische Hirnvergiftung leichter!

Deutscher Reichstag.

Sozialpolitik und Geldsackinteresse.

SPD. Am Mittwoch trat der Reichstag in die Beratung der Ausschußberichte über die Erhöhung der Renten der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosenfürsorge ein. Die bürgerlichen Parteien hatten nun Gelegenheit, einen Teil der Versprechungen, die sie während des Wahlkampfes den minderbemittelten Schichten gemacht haben, zu verwirklichen. Leider war der Auftakt wenig hoffnungsvoll. Der **deutschnationale Handlungsgehilfen-Führer Hartz** eröffnete den Reigen zu den Anträgen über die Erhöhung der Invalidenrenten, indem er erklärte, wir würden ja die Renten sehr gern wesentlich erhöhen, aber die Industrie könne es nicht tragen. Ihm erwiderte unser alter Genosse Hoch. Er verwies die Deutschnationalen und die übrigen Parteien darauf, daß **die Sozialdemokratie im Ausschuß die Verdoppelung der Invalidenrenten beantragt habe, dieser Antrag aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt** worden sei. Die Invalidenrente betrage für Mann und Frau zusammen 13 Mk. im Monat und solle nun um eine ganze Mark erhöht werden. Der Einwand, daß die Industrie nicht mehr leisten könne, sei nicht stichhaltig. Die gesamte Arbeiter- und Erwerbslosenversicherung belaste den Umsatz mit 2 v. H. Das sei allerdings für die kleinen Betriebe eine starke Belastung, aber das Großkapital könne sie durchaus tragen.

Es folgten zwei Ministerreden, aber beide brachten für die Invalidenrentner und sonstigen Opfer der Arbeit und des Krieges recht wenig. Der Reichsarbeitsminister erkannte die allgemeine Notlage an, er leugnete auch nicht, daß durch die jetzige Erhöhung nicht genug geschehe, aber er verwies auf die Vermögensverluste der Sozialversicherung durch die Inflation und erklärte, daß die Regierung über die Ausschußanträge nicht hinausgehen könne. In düsteren Farben malte dann der Reichsfinanzminister die Lage. Er teilte mit, daß sich im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von über 400 Millionen befände, der allerdings verschwinden werde, wenn das Sachverständigengutachten in Kraft trete und wir im laufenden Jahre aus dem Reichshaushalt nichts an die Entente zu zahlen hätten. Die Steuern seien in letzter Zeit besser eingegangen, vor allem die Umsatzsteuer und die Kapitalverkehrssteuer. Lebhaft und wiederholt wandte sich der Reichsfinanzminister gegen **die Aufpfropfung von neuen Besitzsteuern.** Die Aufgabe des Finanzministeriums müsse sein, die jetzt schon vorhandenen Steuern wirklich hereinzubringen. Auf lebhafte **Zurufe der Sozialdemokratie, daß er dann doch die Steuern für den Besitz nicht stunden dürfe,** erwiderte der Finanzminister, daß das nur in den dringendsten Fällen geschehen sei. Die von der Sozialdemokratie geforderte Tantieme-Steuer bezeichnete man als großes Wagnis. Im ganzen war es eine **echte Luther-Rede.** Der Finanzminister kann sich nicht vorstellen, daß der deutsche Besitz mehr tragen könne als ihm zurzeit aufgeladen ist. Die Frage, ob denn die besitzlosen Massen in der Lage sind, ihre jetzigen Steuerverpflichtungen zu erfüllen, ohne dabei körperlich zusammenzubrechen, scheint er sich weniger vorzulegen.

Um den Achtstundentag.

Der Vorstoß des ADGB.

Der Bundesausschuß des A. D. G. B. beschäftigte in seiner letzten Sitzung am 22. Juli mit den gegenwärtigen Kämpfen um den Achtstundentag und mit der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihrem Parlament jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen empfehlen wollen, forderte der Bundesausschuß die dem deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaftsvertreter auf, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die **Ratifizierung des Washingtoner Abkommens** in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Der Bundesausschuß nahm gleichzeitig den Bericht der zur **Vorbereitung der Volksabstimmung** über den Achtstundentag eingesetzten Kommission entgegen und verwies ihre Vorschläge zunächst an die Vorstände der einzelnen Verbände zur beschleunigten Stellungnahme. Die Verbände sollen insbesondere über die Aufwendung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesausschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbetrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafond 50 Pfg. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach bei ihm einlaufenden Summen vom 1. November ds. Js. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände sollen über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand berichten, damit einer späteren Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorgelegt werden kann. Der Bundesausschuß erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch soweit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

Schwankende Gestalten.

Die schwerindustrielle Telegraphen-Union verbreitete die Nachricht, daß die **Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften,** der Deutsche Gewerkschaftsbund, an dem Vorhaben der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, über die Ratifizierung des Abkommens von Washington einen Volksentscheid herbeizuführen, nicht beteiligt sei und sich an einem derartigen Entschluß nicht beteiligen werde.

Wir gaben zunächst diese Nachricht nicht wieder, da wir annahmen, daß die Christlichen, trotz Stegerwald und Genossen, schließlich noch ein anderes Organ als ausgerechnet die Telegraphen-Union zur Verbreitung ihrer Stellungnahme haben werden und daß sie ihre Stellungnahme mit Gründen versehen würden. Da aber ein Dementi nicht erfolgt ist, sind wir wohl genötigt, die Nachricht der Telegraphen-Union als richtig anzusehen. Somit bringt die Spitzenorganisation der Christlichen nicht den Mut auf, klar Stellung zu nehmen. Mit Rücksicht auf die Masse ihrer Mitglieder traut sie sich wohl nicht, gegen das Abkommen von Washington Stellung zu nehmen; für den Volksentscheid einzutreten, das wollen die reaktionären Politiker nicht, die im Deutschen Gewerkschaftsbund das große Wort führen.

Die „Welt am Montag" die als inoffizielles Organ der **KPD.** anzusehen ist, bemerkt dazu:

> Den Volksentscheid halten wir für falsch, weil wir trotz der sich sicher ergebenden Mehrheit für den Achtstundentag darin eine Schädigung des Achtstundentages erblicken. Wenn sich aber die christlichen Gewerkschaftsspitzen gegen den Achtstundentag erklären, so zeigt das, daß ihnen der Profit des Unternehmers höher steht als die Lebensinteressen ihrer Mitglieder.

Also die Kommunisten sind dagegen, weil die große Mehrheit des deutschen Volkes dafür ist, somit der Achtstundentag durch den Volksentscheid national und international gesichert wird. Das aber ist — „eine Schädigung des Achtstundentages" — lies der kommunistischen Putschpolitik. Wenn aber die Christlichen dagegen sind, dann ist das eben „Verrat". Im übrigen: Weil wir dafür sind, sind wir auch „Verräter". Das sind nun einmal die „Gründe" der Kommunisten.

Die Feinde des Achtstundentages.

Die Deutschnationalen haben im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vorlage des Washingtoner Abkommens zur Ratifizierung zu unterlassen und die Mitgliedschaft Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt in Genf angesichts der dort dauernd geübten Brüskierung der deutschen Sache zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen."

Bemerkenswert waren seine Mitteilungen, daß der Reichszuschuß für die Invalidenversicherung im Jahre 1924 etwa dieselbe Summe (110 Millionen) erreicht hat, wie im letzten Kriegsjahre. Als Wochenhilfe sind 20 Millionen und für Erwerbslosenfürsorge 340 Millionen in den Reichshaushalt eingesetzt. Das sind Zweige der Sozialfürsorge, die es vor dem Kriege nicht gab, sondern erst durch die Sozialdemokratie nach der Revolution in das deutsche Sozialwesen eingeführt worden sind.

Die sozialpolitische Aussprache wird sicher noch den Donnerstag, wahrscheinlich auch den Freitag in Anspruch nehmen.

*

Berlin, 24. Juli.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge verschiedener Parteien, die sich mit der **Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosenfürsorge** sowie mit der **Fürsorgepflicht** befassen. Der Ausschuß beantragt folgende Aenderung des § 1285 der Reichsversicherungsordnung: „Der Reichszuschuß beträgt jährlich 48 Goldmark für jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente und 24 Goldmark für jede Waisenrente." — Diese Aenderung soll mit dem 1. August ds. Js. in Kraft treten.

Nach einem weiteren Ausschußantrag sollen in der Unfallversicherung an die Stelle der alten einheitlichen Renten Renten treten, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen. Wer aus der Unfallversicherung zwei Drittel oder mehr der Vollrente bezieht, soll vom 1. Juli 1924 ab eine Sonderzulage von 15 Goldmark monatlich erhalten. — Zur Kriegsbeschädigtenfrage beantragt der Ausschuß, die Rentenerhöhung bei Renten und Zusatzrenten von 40 auf 50 Prozent festzusetzen. Die Renten der Kriegsteilnehmer von 1870 und früher sollen von 10 auf 15 Mk. monatlich erhöht werden. Daneben werden zahlreiche Verbesserungen in den einzelnen Zweigen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beantragt. Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge sollen nach einem weiteren Ausschußantrag in der Hauptunterstützung um 20—25 Proz., die Familienzuschläge um 50 Proz. erhöht werden. Für Jugendliche soll die Fürsorge ein Jahr früher als bisher, also schon mit dem 17. Lebensjahr, eintreten. Weiter wird die Aufhebung der Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen verlangt. Schließlich ersucht der Ausschuß die Reichsregierung in einem Antrag, umgehend Vorschriften über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht über die Fürsorgepflicht zu erlassen und auf die Länder und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die Fürsorgepflichtverordnung nach dem Sinn und Zweck der bisherigen reichsgesetzlichen Regelung durchführen.

Abg. Hartz (DN.) verlangt eine Umgestaltung des Systems der Sozialversicherung.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Beschlüsse des Ausschusses werden bei den Beteiligten ungeteilte Entrüstung hervorrufen. Danach bekommt ein Invalide monatlich 13 Mk. und die Zulage von monatlich 1 Mark;

ein Invalide bekommt für sich und seine Frau täglich 43½ Pfennig und die Zulage von 3½ Pfennig.

Dabei hieß es in der ersten Lesung von der Rechten, daß die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen dürfe. Der Sinn dieser Sozialpolitik ist nur der Schutz der Reichen. Man sagt, die Industrie sei durch die sozialpolitischen Lasten nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Diese Lasten machen aber nur einen ganz geringen Bruchteil der übrigen Faktoren aus, die für die Konkurrenzfähigkeit maßgebend sind. Die Parteien haben sich im Ausschuß damit begnügt, als der Minister erklärte, daß die achtzig Millionen für die Verdoppelung der Familienunterstützung nicht aufzubringen seien und sie haben es bei der Erhöhung von 50 Prozent belassen. Wir haben im Ausschuß die Erhöhung der Tantiemensteuer von 20 auf 100 Prozent beantragt; das wurde abgelehnt. Wir beantragen jetzt die Erhöhung auf 80 Prozent, um die Mittel zu beschaffen. An anderen Stellen kann gespart werden, z. B. beim Reichsheer durch Beschränkung kostspieliger Uebungen. (Lebh. Widerspruch rechts.) Das ist gegebenenfalls auch früher im Frieden so gewesen. (Widerspruch rechts. Rufe rechts: Sie wollen nur Nachtwächter!) Darüber sprechen wir uns noch, Herr Wulle. Wir schlagen ferner eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen vor, wodurch der Mittelstand nicht belastet werden würde. Deutschland sollte sich schämen, wenn es für seine Invaliden nicht genug tun kann. Das Volk hat Großes geleistet in den vergangenen schweren Zeiten. Wir sind uns wohl bewußt, daß auch unsere Anträge nicht genügen, aber wir haben ja im Ausschuß nicht einmal die 26 Mark Rente durchbringen können, die wir mindestens beantragt hatten. Solange wir nicht eine sozialistische Mehrheit hier und im Volke haben, können wir keine sozialistischen Gesetze machen. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die Macht gehabt!) Wir haben weder in der Nationalversammlung noch im Reichstage die Mehrheit gehabt. [illegible] (zu den Nationalsozialen) Anträge haben Anleihen bei uns gemacht, aber für die Deckungsfrage nichts übrig gehabt.

Reichsarbeitsminister Brauns

sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß die in den verschiedenen Anträgen verlangte Erhöhung der Leistungen in der Sozialversicherung in der geforderten Höhe für das Reich, für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht tragbar sei. Wenn man die fehlenden Mittel durch neue Steuern aufbringen will, so verläßt man damit den Boden der Versicherung und geht über zur öffentlichen Fürsorge. Das wäre aber besonders bedenklich, weil dann auch die Bedürftigkeit der Rentenempfänger geprüft werden müßte. Wohin das führt, zeigt jetzt schon die Art, in der die Fürsorgeverordnung von den Ländern und Gemeinden durchgeführt wird. Die Reichsregierung wird nunmehr für die Ausführung der Fürsorgepflicht Grundsätze aufstellen, die sie vorher dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags vorlegen wird. Eine Verdoppelung der Invalidenrenten ist unmöglich. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung den Vorschlägen des Ausschusses folgen. Wenn die Londoner Konferenz zu einem für uns halbwegs erträglichen Ergebnis kommt, dann ist zu hoffen, daß uns die wirtschaftliche Gesundung auch sozialpolitische Fortschritte ermöglichen wird.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

führt die Zahlen aus dem Etat an, mit denen er zeigen will, daß Deutschland heute für die Sozialpolitik mindestens ebenso große Mittel aufbringt wie in der Vorkriegszeit. (?!) Wer jetzt eine weitere Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen fordert, der setzt das Reich der Gefahr aus, daß sich die furchtbare Inflation des Vorjahres wiederholt, unter der die Arbeiterschaft am meisten gelitten hat. Wenn das Reich jetzt 15 Millionen für sozialpolitische Zwecke aus dem Haushalt verwendet, so tut es damit alles, was möglich ist. In Besprechungen des Arbeitsministers mit den Ländervertretern über die Erwerbslosenfürsorge haben die Länder sich zwar für eine Erhöhung des Familienzuschlages bis 40 Proz. ausgesprochen. Sie werden hoffentlich auch die vom Ausschuß geforderten 50 Proz. bewilligen können, aber da ist die Grenze. Eine Stundung der Steuern ist leider in großem Umfange nötig gewesen; aber eine generelle Stundung einer bestimmten Steuer müssen wir ablehnen. Wir gehen mit brutalen Steuern vor(?), aber wir müssen da Halt machen, wo die Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen droht. Die Erhebung neuer Steuern würde in diesem Moment kaum möglich sein. Die Tantiemensteuer für Aufsichtsräte verspricht keine wesentliche Vermehrung unserer Einnahmen und sie würde überdies auf die Gesellschaften abgewälzt werden. Es wäre ein furchtbares Schicksal, wenn gerade jetzt, wo eine außenpolitische Konsolidierung zu erwarten ist, die deutsche Währung wieder erschüttert würde.

Abg. Maslowski (Komm.) bezeichnet die von den übrigen Parteien getriebene Sozialpolitik als reine Heuchelei. Am meisten werde vom Zentrum geheuchelt.

Abg. Gerig (Z.) weist die Angriffe des Abgeordneten Maslowski gegen seine Fraktion zurück. Die schwierige Lage der Invalidenversicherung lasse sich nicht durch die sozialdemokratischen Steueranträge bessern.

Ein Antrag auf Beendigung der Beratung wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erklärt den Verdacht der Kommunisten für gerechtfertigt, daß die Deutschnationalen mit Hilfe der großen politischen Debatte die sozialen Anträge sabotieren wollten. Man brauche nur an die Haltung der alten Konservativen zu denken. Wenn aber die Kommunisten sagten, ihnen gingen die sozialen Forderungen den nationalen vor, so liege eben darin das Tragische unseres gegenwärtigen Geschickes.

Vizepräsident Bell vertagt darauf die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Deutschland und der Völkerbund.

Eine vernünftige Maßnahme.

Die deutsche Regierung hat in diesen Tagen insgesamt 30 verschiedene Verträge, größtenteils wirtschaftspolitischer Art, die zwischen Deutschland und Dänemark, der Schweiz, der Tschechoslowakei usw. abgeschlossen wurden, dem Völkerbund zur Registrierung und Veröffentlichung eingereicht. — Es ist zu beachten, daß die deutsche Regierung nahezu alle Verträge, die von ihr in den letzten Jahren abgeschlossen wurden, beim Völkerbund hat registrieren lassen, obwohl sie als Nichtmitglied des Völkerbundes natürlich an den Artikel 18 des Völkerbundspaktes, der die Registrierung und Veröffentlichung der Verträge als Vorbedingung für ihre Gültigkeit fordert, nicht gebunden ist.

Der große Schiffsfriedhof.

Wilhelmshavener Wirtschaftsbrief.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben:

Das unter der wilhelminischen Aera durch seinen außerordentlich umfassenden Kriegsschiffbau weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekanntgewordene Wilhelmshaven an der Nordsee hat die furchtbaren Folgen des Krieges an ganz besonders nachhaltiger Weise zu spüren bekommen. Einstmals ganz auf die Herstellung für den Krieg bestimmter Zerstörungswerkzeuge eingestellt, war es in jenen imperialistisch verseuchten Zeiten zur größten Kriegsschiffschmiede und zum größten Kriegshafen des europäischen Kontinents geworden. Mit dem krassen Zusammenbruch aller diesbezüglichen Entwürfe, Pläne und Hoffnungen sah es sich in den Novembertagen nicht nur von Mars, sondern auch von allen anderen Göttern verlassen. Diese Erkenntnis kam so rasch, daß man in weiten Kreisen die dadurch geschaffene neue Situation als eine geradezu trostlose bezeichnete. Das war sie auch. Mit den Methoden des ungehemmten Kriegsschiffbaues war es ein für allemal vorbei; nur in ganz geringem Maße durfte noch an Neubauten kleiner, für den maritimen Zweck bestimmter Schiffe und an Flickereien an alten, uns gütigst gelassenen, nicht just sehr wertvoller Kasten gedacht werden. Wilhelmshavens Ruhm von einst gehörte ebenso der Vergangenheit an wie Wilhelms II. dort häufig verübtes ruhmseliges Gerede.

Das Stehen vor dem Nichts macht die Menschen bekanntlich erfinderisch. Also hielt man auch in den beiden, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildenden Jadestädten Wilhelmshaven und Rüstringen nach neuen Schaffensmöglichkeiten Umschau. Man verlegte sich auf für die Friedenszeit nützliche Dinge, begann für auswärtige Reedereien Handelsfahrzeuge und Fischerkähne zu bauen und betätigte sich in der metallenen Fertigindustrie vom Eisenbahnwagen und der landwirtschaftlichen Maschine bis hinab zum Plätteisen. Ein Teil der mit außerordentlichem finanziellen Aufwand seinerzeit hergerichteten weiten und vorbildlichen Werft- und Hafenanlagen blieb den Bedürfnissen der neuen, angeblich gar republikanischen Reichsmarine vorbehalten, ein anderer Teil wurde zu dem gemischtstaatlichen Betrieb der jetzt sich konzentrierenden Deutschen Werke A.-G. geschlagen. Wobei ausdrücklich bemerkt sei, daß auch ein ganz wesentlicher Prozentsatz der gegenwärtig sechstausend Mann betragenden Belegschaft der staatlichen Marinewerft mit privaten Aufträgen obengenannter Art beschäftigt wird. Wurden doch auf dieser Werft in den letzten Jahren eine Reihe von großen, für den Ostasiendienst verwendeten Stinnesdampfer, darunter auch der seinerzeit vielberedete Dampfer „Karl Legien", gebaut. Die Deutschen Werke haben gleichfalls große auswärtige Aufträge, insbesondere solcher Hamburger Firmen, erledigt. Obwohl noch mit Arbeitsgelegenheit versehen, montiert dieses Unternehmen jetzt einen Teil seiner Maschinen ab, kündigt der Belegschaft und will auf Anweisung der Berliner Zentrale zum 1. Oktober seinen ganzen ausgedehnten Betrieb schließen. Dieser staatliche Betrieb hat nicht gehalten, was er anfänglich versprach und was man auch billigerweise von ihm erwarten durfte. Dagegen stand er in Punkto scharfmacherischer Allüren (soweit das Rüstringer Werk in Frage kommt) andern, vom Geiste einer gesunden Humanität keineswegs angekränkelten Industrieunternehmungen durchaus nicht nach. Noch kürzlich marschierte er bei der großen dreizehnwöchigen Seeschiffsarbeiteraussperrung stolz und mutig an der Spitze, während die zehn kleineren Werftbetriebe der Jadestädte ruhig weiterarbeiteten. Dabei sitzen in den obersten Kuratorien dieses Betriebes neben den üblichen kapitalfrommen Fachleuten eine ganze Reihe von Vertretern der politischen Parteien des Reichstages.

Was Wilhelmshaven heute das Gesamtgepräge gibt, das ist indes nicht der Aufbau, sondern vielmehr der Abbau. Das Kurz- und Kleinschlagen, das umfangreiche Zerstören von Schiffen ist zu einem sehr interessanten und wirtschaftlich sehr bedeutsamen Arbeitsfaktor am Jadebusen geworden. Ja, es gibt keine zweite Hafenstadt der Welt, in der die neue Methode der Verschrottung älterer in- und ausländischer Schiffsriesen in derart umfassendem Maße getätigt wird als hier. Deutsche, französische, englische und amerikanische Kriegs- und Handelsschiffe werden hier seit vier Jahren zerbrannt, zerbohrt, zerschnitten, in einzelne Teile zerlegt und, zu Schrott verwandelt, an die Eisenschmelzindustrie des In- und Auslandes verkauft. Ein paar tausend Arbeiter sind jahraus, jahrein in dieser früher nicht gekannten Branche beschäftigt und bereits zweihundert Schiffe sind in den vier Jahren abgewrackt worden. Der deutsche Abwrackwerftbesitzer kauft die nicht mehr seetüchtige Ware bei uns oder im Auslande auf, wrackt sie unter Zugrundelegung der schandmäßig niedrigen deutsche Arbeiterlöhne ab und zieht aus dem Altmaterial seinen meist sehr ansehnlichen Gewinn. Die niedrigen Löhne ermöglichen es ihm, daß er Schiffe in England aufkaufen, diese über den Kanal schleppen, sie in Wilhelmshaven verschrotten und dann diesen Schrott wieder übers Meer ins Ausland verkaufen kann. So billig ist es in England nicht zu machen. Weshalb es auch sehr oft vorkommt, daß die Abwrackung und Verschrottung eines Schiffes überhaupt nur auf Rechnung des beispielsweise englischen Besitzers bei uns vorgenommen wird. Eine Erscheinung, die in sozialer Hinsicht allerlei besagt.

So ist der einstige größte Kriegsschiffhafen des Kontinents oder, wenn man will, auch der ganzen Welt heute zu einem Schiffsvernichtungsplatz von der gleichen Dimension geworden. Große und kleine Kriegs- und Handelsschiffe, Träger aller Namen, bei deren Nennung dem ergrauten Seemann das Herz bubbert, fielen hier dem unwiderstehlichen Sauerstoffgebläse anheim, wurden in „Atome" aufgelöst und wanderten zu Schiff oder per Bahn in die Schmelzverbrauchsorte des In- und Auslandes. Fast symbolisch mutet es an, wenn man erfährt, daß hier die Kriegsschiffe „Wettin", „Wittelsbach" und „Barbarossa" ebenso abgewrackt wurden wie die einstmals so stolze Kaiseryacht „Hohenzollern" und daß gegenwärtig dem größten Handelsdampfer der Welt, dem Amerikaner „Minnesota" (der während des Krieges als Truppentransportdampfer diente und regelmäßig Transporte von sechstausend Mann übers Weltmeer in die französischen Schützengräben brachte) so nach und nach in unermüdlichem Hämmern, Bohren und Brennen alle Eingeweide aus dem riesigen Eisenleib gerissen werden. Die Maschinerie dieses Eisenkastens erwies sich als unzulänglich und also mußte auch er daran glauben. Von den bereits abgewrackten zweihundert Schiffen gehörte die größere Hälfte den Kriegsschiffsparks, die kleinere der internationalen Handelsmarine an. Sicher eine ironisierende Zahl; noch aber liegen die Häfen an den vielen, nach dem Kriege für diesen Zweck plötzlich hochgeschossenen Werften voll von Schiffen, die alle des gleichen Schicksals harren. Und immer neue kommen hinzu. Nach wie vor klopfen die deutschen Werftagenten an die Türen der Reedereien diesseits und jenseits des Kanals, Material erheischend für den großen Wilhelmshavener Schiffsfriedhof. Während der Inflationszeit erging man sich in diesen Dingen in einer wüsten Pfund- und Dollarspekulation; mit derlei ist heute freilich nicht mehr viel zu machen, immerhin: noch blüht das Geschäft, denn noch längst ist nicht alles ausgemerzt, was mehr sarg- als seetüchtig ist.

So vollzieht sich gegenwärtig in Wilhelmshaven ein Wechsel der Dinge, eine Umstellung, die sich die einstigen Bläser der Kriegsschalmeien wohl niemals hätten im Traume einfallen lassen.

Aus der Arbeit der Reichstags-Ausschüsse.

SPD. Der **Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete** beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Wohnungsbeschaffung, die im besetzten Gebiet angesichts der Rückkehrgenehmigung für die Ausgewiesenen besonders dringlich geworden ist. Erfreulich war die Mitteilung, daß mit Unterstützung der Post-, Eisenbahn- und Finanzverwaltung die begonnenen reichseigenen Wohnungen — über 3000 — bis auf einen kleinen Rest fertiggestellt sind. Dem Wohnungsmangel, der durch die Rückkehr von Zehntausenden eine ungeheure Steigerung erfährt, ist damit aber noch keineswegs gesteuert. Hier muß das Reich weiterhin mit Krediten einspringen. Dieser Einsicht konnten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht verschließen und so fand ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig Annahme, daß den Gemeinden des besetzten Gebietes, die besonders stark unter dem Wohnungsmangel leiden und Ausgewiesene in größerer Zahl wieder aufnehmen müssen, Reichskredite in einer Höhe von mindestens 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Genosse Robert Schmidt, der den Antrag vertrat, warf den Gemeinden ihre mangelnde Pflichterfüllung bei der Handhabung der Verordnung zur Beschlagnahme von Wohnungen vor und kritisiert die üble Behandlung, die den Zwangseinquartierten vielfach von Wohnungsinhabern und Hausbesitzern, nicht zuletzt von solchen, die sich sonst nicht „national" genug gebärden können, zuteil wird. Die bürgerlichen Parteien verhalfen ferner einem deutschnationalen Antrag zur Annahme, der die Reichsregierung zum schärfsten Widerstand gegen die Belassung ausländischer Eisenbahner auffordert. Gen. Schmidt wandte sich bei allem sachlichen Einverständnis mit dem Antrag gegen die nationalistische Tendenz desselben. Einstimmig angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung zur Beseitigung der Paß- und Einreiseschwierigkeiten auffordert.

*

SPD. Der **auswärtige Ausschuß des Reichstages** nahm am Dienstag einen Bericht des Außenministers über die außenpolitische Lage, ferner Erklärungen des Reichsbankpräsidenten über den Bankgesetzentwurf und schließlich Mitteilung des Staatssekretärs Trendelenburg über das Industrieobligationsgesetz entgegen. Der Reichsverkehrsminister erstattete Bericht über das Reichsbahngesetz. Die Debatte über die einzelnen Berichte soll am Mittwoch beginnen.

Krach im bayrischen Landtag.

München, 23. Juli.

Im Landtag gab es am Mittwoch vormittag bei der Fortsetzung der Interpellationsdebatte über die Justiz einen ungeheuren Sturm. Nachdem schon der deutschnationale Redner Lent die Sozialdemokraten in ungeheuerlicher Weise provoziert hatte, ging der Redner der Völkischen, der Abgeordnete Rutz, in noch schärferer Weise zunächst gegen die Bayrische Volkspartei, dann gegen die Sozialdemokraten vor. Als er den Ausspruch tat: **„Die Sozialdemokratie beklagt sich wegen völkischen Mordes und dabei hat sie von jeher den Fürstenmord verteidigt"**, drängten unsere Genossen stürmisch gegen das Rednerpult vor, nach ihnen die Völkischen, um ihren Redner zu schützen. In dem entstehenden Lärm ertönten fortgesetzt Zwischenrufe von der Sozialdemokratie, die verlangte, daß der völkische Redner seine schweren Vorwürfe zurücknähme; da die Unruhe sich aber weiterhin steigerte, unterbrach der Präsident die Sitzung. Es dauerte eine weitere Viertelstunde, bis der Sitzungssaal sich leerte, da die Sozialdemokraten immer von neuem auf die völkischen Schreier eindrangen. Hieran schloß sich eine sozialdemokratische Fraktionssitzung, in der beschlossen wurde, den völkischen Redner nicht mehr weiter sprechen zu lassen, wenn er nicht seine Vorwürfe zurücknähme. Dieser Beschluß wurde dem Präsidenten mitgeteilt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung rief der Präsident den völkischen Abgeordneten zum zweitenmal zur Ordnung und legte ihm nahe, seine Entgleisungen zurückzunehmen. Als Rutz versuchte, die Sozialdemokratie weiter anzugreifen, erhebt sich von neuem ein Lärm der Entrüstung, der schließlich unter Mithilfe des Präsidenten den Redner veranlaßte, zu erklären, daß er mit diesen Ausführungen weder ein Mitglied des Hauses, noch die Sozialdemokratische Partei, sondern nur die marxistische Lehre gemeint habe, damit ist der Zwischenfall erledigt.

Der Abbau in Baden.

Karlsruhe, 23. Juli.

Der Badische Landtag beschloß am Dienstag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volksparteiler, Landbündler und Kommunisten **das Arbeitsministerium aufzuheben.** Da durch das Ausscheiden des Arbeitsministers Engler aus dem Kabinett die Sozialdemokratie eine Stimme verliert, kamen die Koalitionsparteien überein, daß auch ein Staatsrat des Zentrums aus der Regierung austritt. Die Regierung zählt nunmehr statt 8 nur 6 Mitglieder.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz.
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Am Ziel.

Die Geschichte einer Mutter.

Von Kuni Tremel-Eggert.

Wie die im Dorfe merkten, daß sie sich einander lieb hatten, lachten sie, und machten die alte Rechnung, daß Nichts und Nichts zweimal Nichts ist.

Sie wunderten sich aber nicht, daß er die Eva nahm, sondern sie schüttelten die Köpfe über das dumme Ding, das den Bauernsohn stehen ließ und den Taglöhner vorzog.

Die Eva wußte recht genau wie sie im Dorfe über ihre Wahl redeten und dachten, aber sie lachte nur, hing an ihres Liebsten Hals und sagte es ihm immer wieder, daß er allein der Beste, der Liebste sei.

Und wenn er's zaghaft sagte, daß er halt nichts habe, dann lachte sie ihn aus, streifte die Aermel zurück, streckte ihm die nackten runden, braunen Arme entgegen und fragte lachend: „Was brauchen wir sonst?"

Und wenn sie das so sagte, kam ein solches Glück über ihn, daß er nichts anderes konnte als sie stumm aber fest, fest an sich pressen.

Das war seine Sprache, denn er war einer von den Stillen.

Aber manchmal redete er doch, das war in den ersten Monaten ihrer jungen Ehe, die Ueberfülle ihres Glückes zwang ihn dazu. Sein Verwundern äußerte er, daß er's nicht und nicht begreifen könne, daß das Leben nun auf einmal wie ein einziger Sonntag sei, wo es doch vordem als Frau Eva nicht da war, so karg war und schwer.

Wenn er so redete küßte sie ihn jauchzend, lachend wie ein recht, recht junges Ding und war doch schon eine Frau — seine — Frau.

Immer waren seine Gedanken bei ihr, auf dem Weg bei der Arbeit, droben im Walde.

Im zweiten Jahr ihres Beisammenseins kam eine große Hoffnung zu ihnen und nun stand um Frau Evas Mund ein Glückslächeln, das nach innen ging.

Wenn er an all dies dachte, mußte er ganz beklemmt atmen und seine Lippen formten die zwei Worte „unser Kind" wie ein Gebet.

Es war ein Bub!

„Ein Bub!" schrie Frau Eva jubelnd auf und wäre beinahe aus dem Bett gesprungen.

Und was für ein Bub — es zeigte sich im Laufe der nächsten Monate immer mehr. Rund ward er und rosig, hatte die stillen Augen des Vaters und die krausen Haare der Mutter, lachte und schrie und schlief durch seine Tage, wie nur einer, der gesund ist und vielsprechend.

Und wie er die ersten selbstgemachten Höschen trug, da war ein solcher Festtag, wie nicht einer im Kalender steht.

Es kamen noch viele Festtage in der kleinen Familie, denn jede schwere Arbeitswoche schenkte ihren Sonntag und dann zogen drei glückliche Menschen hinaus in den Wald, der dunkel und in voller Schönheit hinter dem kleinen Dörflein stand. Tag um Tag sah ihn der Vater, wenn er zum Holzfällen ging und sah ihn doch nur Sonntags, sah ihn dann mit den Augen der Frau Eva und ihres Buben und fragte sich's jeden Sonntag mit neuem Staunen: „Ist das der gleiche Wald?" fragte es auch die Sonnige, die da mit dem Buben auf den schmalen Wegen Fangen spielte, selbst ein Kind mit ihrem Kinde.

Und jedesmal gab sie ihm ernsthaft die Antwort: „Der Wald? Nein — das ist ein anderer Wald, ist ein Sonntagswald — unserer —".

So gingen die Jahre. Der Vater war beim Holzfällen, die Mutter arbeitete in den sonndurchglühten oder regennassen Feldern Tag um Tag, und bald fand sich auch für den Ferdinand eine Beschäftigung als Gänsehirte. Und der kleine Kerl schritt mit seinen zerschundenen Füßen über die harten spröden Stoppeln und hatte Augen wie noch einmal einer.

Und siehe, die Füße schmerzten nicht und die Armut tat nicht weh, satt und gesund waren sie alle drei und jede Arbeitswoche schenkte ihnen einen Sonntag.

An einem dieser Sonntage wuchsen aber nun auf einmal große Pläne in der kleinen Stube. Der Herr Lehrer war schuld. Er hat die Frau gerufen und hat ihr's gesagt, daß der Ferdinand nicht nur sein bravster, sondern auch sein klügster Schüler sei und daß es Sünde wäre, dereinst aus dem Ferdinand einen Holzarbeiter oder Bauernknecht zu machen. Und des Ferdinand höchsten Wunsch kannte der Herr Lehrer auch, Lehrer wollte er werden, wie er. Frau Evas Gesicht wurde ganz klein, als sie so große Dinge hörte und sie fragte es aus gepreßter Kehle: „Aber das Geld dazu, Herr Lehrer, das Geld, die paar ersparten hundert Mark" — „reichen fürs erste" fiel ihr der Lehrer ins Wort. „Nachhilfe oder sagen wir Vorhilfestunden geb' ich ihm unentgeltlich, der Herr Pfarrer, mit dem ich darüber sprach, gibt auch sein Scherflein dazu und wenn Sie gewillt sind, das Ihre zu tun —".

Da kollerten der Frau die hellen Tränen übers sonnverbrannte Gesicht und sie konnte nicht anders, lachend schrie sie es heraus: „Ob ich will, ob wir wollen, Herr Lehrer? Die Nägel will ich mir blutig schinden, wenn es dem Ferdinand den Weg machen hilft."

Als sie heimkam, saß der Bub im schwachen Schein der kleinen Petroleumlampe, hatte den Kopf in beide Hände gestützt und las. So sah er nicht den Blick, der über ihn hinging, merkte auch nicht das Zittern in der Mutter Stimme, als sie ihn nun bat, er möge zu Bett gehen, es sei Zeit.

Auf der breiten Bank neben dem Ofen bereitete sie ihm allnächtlich sein Lager, während der Vater und sie in der engen Kammer neben der Stube schliefen.

Dahin ging nun die Mutter auch, nachdem sie das Licht gelöscht hatte.

Eine Weile war es still, der Bub schlief wohl und so begann Frau Eva: „Das Leben ist schwer, und wenn man es könne, solle man halt seinem Kinde helfen, daß es einmal leichter und besser durch die Welt hätte als man selbst.

Als der Mann erkannte, wo hinaus das wollte, saß er hochauf und sprach es klar in die dunkle Kammer hinein: „Das ist Größenwahn für uns Leute und darum dürfen wir an so etwas gar nicht herumdenken."

In der Stube lag einer, der hielt den Atem an. Zuerst hatte er nur reden gehört, aber nun verstand er, denn der Vater sprach, entgegen seiner sonstigen Art, laut und erregt. Und er fuhr nun im gleichen Tone fort: „Mit Verstand allein geht's nicht und als Knecht oder Holzarbeiter steht ihm auch jederzeit der Weg zu Besserem offen, wenn er das Zeug dazu in sich hat.

Aber nun redete die Mutter. Und Dinge wurden ihr geläufig, die sie vordem nicht gekannt. Sie redete von Stipendien und sie tat, als ob all die nötigen Studienjahre nichts seien, als ein Graben, der einer nur mit dem richtigen Schwung überspringen müsse.

Und wenn der Vater fragte: „Woher nimmst du Kleider?" Dann wußte sie von einem abgelegten Anzug des Herrn Pfarrers, den sie zurechtrichten würde, und Hemden machte sie aus dem Zügel Leinwand, der in der Truhe lag und den der Ferdinand vergangenen Sommer selbst gebleicht hatte.

Und als der Vater immer noch Einwände hatte, wie Bücher und Hefte, Essen und Schlafen, da setzte sich Frau Eva auf im Bett und hielt eine lange Rede, sie hielt sie nur für den einen, der da zögerte und den Mut nicht fand aus der Armut heraus. Und als die Liebe nutzlos redete, da sprach sie von Pflicht und als auch da der Mann anderer Meinung war und seine Zweifel an die Kraft hing, die bis zur Vollbringung nötig war, da griff die Frau zum allerletzten und schwur es bei ihrer Seele Seligkeit, sie würde ihrem Kinde helfen, und wenn der Vater zag sein wollte und klein, so tat sie, sie des Buben Mutter, es allein."

Drauf ward es still in der kleinen Kammer, in der noch lange die feierlichen Worte einer Mutter schwangen. In der Stube aber lag einer, der grub das Gesicht tief in die Kissen und schluchzte es immer wieder: „Mutter, Mutter, nie will ich dir das vergessen", und sein junges Herz ward voll Liebe zu der Frau, die seine Mutter war.

Und wie es die Mutter wollte, so kams.

Viele Sonntage waren sie nicht in den Wald gegangen, aber dann, als der Tag der Abreise kam, hatte der Bub auch alles, was nötig war.

In der Stunde aber, die die Abschiedsstunde war, hing er an Frau Evas Hals und sie hatte blasse, zitternde Lippen, die sich vergebens um ein Lächeln mühten.

Nun kam eine seltsam stille Zeit. Viel Arbeit, wenig Lachen, selten, sehr selten ein kleines Lied.

Nur Ferdinands Briefe brachten den Sonnenschein.

So leicht wurde ihm alles, das Lernen und — das Sparen. Er war's ja gewöhnt und hielt sich auch in der großen Stadt still für sich.

Wie oft Frau Eva diese Briefe las, bis sie sie auswendig konnten, sie und der Mann. Aber es war doch nicht so leicht, wie es in den Briefen einmal ihre Mütter sorglose Tage haben konnte, sondern sie studierten, weil sie eben irgend etwas werden mußten. Und sie taten deshalb nicht mehr als nötig war, der aber, der arm und fleißig unter ihnen saß, erntete bald ihren Spott. An seine Armut hingen sie ihn, wie sie aber erkennen mußten, daß er da unverwundbar war, erdachten sie ein Wort, wie es nur menschliche Bosheit ersinnen konnte.

Als dies Wort zum erstenmal sein Ohr traf, war es wie ein Peitschenhieb ins Gesicht, aber er riß die Augen auf, daß sich die Tränen des Zorns und der Empörung zurückdrängten und biß die Zähne zusammen.

„Streber" schimpften sie ihn und da sie die verletzende Wirkung dieses Wortes wohl erkannt hatten, so wendeten sie es an — heimlich und offen, wo immer es ging.

Das war eine bittere Zeit und er sehnte die Ferien herbei, wie noch in keinem der Jahre, seit er fort war von daheim.

Es war acht Tage vor Schulschluß, als ihn eines Morgens der Rektor zu sich kommen hieß. Stumm ging er vor ihm her, öffnete dann sein Zimmer und winkte ihm näher zu kommen. Er wollte anfangen zu reden, da bat Ferdinand mit zitternden Lippen: „Bitte, Herr Rektor, sagen Sie es schnell, was ist passiert?"

So erfuhr er's denn, daß ein stürzender Baum den Vater erschlagen.

(Schluß folgt.)

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

5765

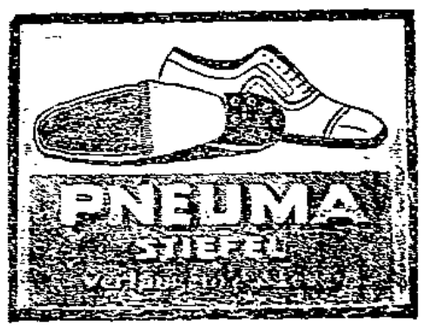
SCHUHVERTRIEB

RHEINGOLD

Breite Straße 42

Alleinverkauf für Lübeck und Umgegend

Berücksichtigen Sie unser großes Lager!



Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen!

(5767

Resflos **sollen** und **müssen** folgende

REST-POSTEN

geräumt werden

In Ihrem eigensten Interesse liegt es, wenn Sie von diesem außerordentlich billigen Angebot ausgiebigsten Gebrauch machen

Flauschjacken	reine Wolle, in leuchtenden Farben	9.75
Weiße Röcke	reine Wolle in glatt und plissiert . . . . 14.25 u.	12.75
Voile-Kleider	Ia. Vollvoile in eleganten Formen . . . . 13.50 u.	9.95
Frotté-Röcke	Ia. gestreift, Voll-Frotté, spottbillig . . . . . nur	6.95
Donegal-Röcke	mittelfarbige Stoffe . . . . . 5.95 u.	3.95
Schürzenstoff	gestreift, Waler 116 cm breit 1.60, 90 cm breit	1.18
Blaudruck	doppeltseitig bedruckt, ca. 116 cm breit . . . . Meter	1.65
Handtuch	Gerstenkorn mit roter Kante, ca. 43 cm breit . . . Meter	68 ₰
Rohnessel	ca. 80 cm breit, sehr gute Qualität . . . . . Meter	64 ₰
Unterbett-Inlett	rot gestreift, 116 cm breit . . . . . Meter	2.65

Frotté-Kleider grau gestr., hübsche Macharten . . . 9.95 u. **7.85**

Tuchmäntel Ia. reinw. Tuch in flotten Fassons 27.50 **22.50**

Herren-Filzhüte	in verschied. Farben und Formen	3.95
Stroh-Hüte	in Matelot-Form, kleine Größen . . . . . nur	45 ₰
Breecheshosen	für Knaben, dunkel gemustert, f. 9 Jahre	3.85
Sommerjoppen	Loden, mit Falten u. Rückengurt	10.80
Sportwesten	in reiner Wolle, in modernen Farben	11.95
Vollvoile	weiß, feine Qualität, ca. 116 cm breit . . . . . Meter	2.25
Beiderwand	in verschiedenen Streifen, 90 cm breit . . . Meter	2.30
Barchent	für Herrenhemde, hell gestreift . . . . . Meter	82 ₰
Schlafdecken	grau, Barch., mit Kante, 130×180 cm	2.50
Steppdecken	doppelseitig Satin, mit guter Füllung	19.80

Ein großer Restposten
Kinder-Mäntel enorm billig

Sporthemde in Zephir mit Kragen Gr. 8—9, für Knaben **1.95**

Schnürschuhe	für Damen, bequeme Form, Roßcheveraux	6.95
D'Halbschuhe	Roßcheveraux, spitze Form, einzelne Größen	7.95
Damen-Stiefel	Rindbox u. Roßchever. m. u. ohne Kappe, kl. Gr.	8.95
Damen-Strümpfe	schwarze, Ferse u. Spitze verstärkt . .	78 ₰
Sweater-Anzüge	blau, mit rotem Kragen, für 3—5 Jahre	3.95
Sweater-Hosen	in verschied. Farben, Größe 30—45 cm . .	1.25
Damen-Hüte	in Stroh oder Borde, mit Blumen und Bandgarn .	1.95
Band- und Tagal-Hüte	in hübschen, flott. Formen	2.95

Ein großer Restposten 5792

weiße Kinder-Voile-Kleider

pa. Vollvoile, in reizenden Neuheiten

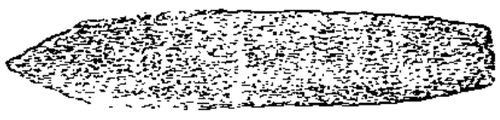
Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
5.00	8.50	10.50	14.00

HANS STRUVE

LUBECK Königstr. 37/39 Ecke Wahmstr.

RENDSBURG * NEUMÜNSTER * ITZEHOE

Besonders preiswertes Angebot!



Tagesgespräch Nr. 1 12 cm	Stück	10 ₰
Tagesgespräch Nr. 2 12½ cm	Stück	12 ₰
Tagesgespräch Nr. 3 12 cm (Sumatra mit Feiig Brasil)	Stück	15 ₰

Hinrich Buse
Breite Straße 55 (Ecke Johannisstr. 1).

Doppelkümmel Flasche **1.80.**
Buntekuh-Kümmel Flasche **1.90.**
Tafel-Aquavit Flasche **2.—.**
Monopol-Aquavit Flasche **2.15, 2.40.**
f. Weinbrand V. Flasche **2.—.**
ff. Jamaika-Rum V. 40 Proz. Flasche nur **2.—.**
Rhein-, Rot-, Süß- und Krankenweine
Edelliköre
große Auswahl 1/1 Flasche (5805
3.50.

Bitte Schaufenster zu beachten!

Ernst Voss
Gr. Burgstraße 59.

Mein erster Saison-Ausverkauf!

Endlich ist er da!

Jetzt heißt es die selten günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen! Ich biete dem Lübecker Publikum Schuhwaren an zu kaum dagewesenen Preisen. Die Preise sind zum Teil

weit unter dem Einkaufspreis!

Beachten Sie die Preise in meinem Schaufenster, Sie werden staunen.

Eilen Sie! Eilen Sie!

zum

Schuhwarenhaus Klingenberg 5

5795 neben Stadt Hamburg

Mittagstisch

Fortbildungsschule für Mädchen
Johannisstraße 67
Wiederbeginn am 28. Juli 1924,
mittags 12—1 Uhr. (5766

Fernruf 2740 Fernruf 2740

Johs. Mustin

Holz- und Kohlenhandlung
Warendorpstr. 14—22 Schwart. Allee 43

Empfehle: 5782

Ia. Westfälischen Hartkoks, Sentenberger Briketts, Ia. Grudekoks

Tannen-, Buchen- u. Eichenbrennholz

zu den jetzt noch gültigen billigsten Sommerpreisen ab Lager und frei Haus. Jede Bestellung, auch die kleinste, ist erwünscht und fahre von 1 Ztr. an auf Wunsch ins Haus, gleich, welche Stadt- od. Torgegend.

Billig! Billig!

Reismehl	1 ℔	0.18 M.
Sirup	1 ℔	0.25 „
Sauerkohl	1 ℔	0.10 „
Bohnerwachs	1-℔-Dose	0.60 „
Gerste	10 ℔	1.20 „
Weizen	10 ℔	1.20 „

(5802

Für die Wäsche

Seife	Rgl. 17 u. 20	₰
Seife	3 Rgl. 50 u. 55	„
Oelseife	35 u. 30	„
Soda	2 ℔ 15	„
Stärke	48	„

Sehr zu empfehlen

Persil	45	₰
Schwan	30	„
Dixin 30 ₰, **Luhns**	25	„
Sil 20 ₰, **Henko**	15	„
Vorwas	25	„

Eduard Speck.
Hüxstraße 80/84.

Zum Tode verurteilt sind

Läuse, Wanzen in ½ Stunde unter Garantie Fliege, Brut bei Mensch u. Tier mit „Riesolda", ges. gesch. Mittel. 100 000mal bewährt
Verkauf: **Aegidienstraße 4.** (5770

Billig! Billig!

Ia. weiß. Schmalz

Pfd. nur 68 ₰

5778

Alfred Müller
Verkauf nur Holstenstraße 8, pt. hinten.

Lübecker Volksbote

Beilage | Donnerstag, 24. Juli 1924 | Nummer 171

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 24. Juli.

„Wenn zwei das Gleiche tun!"

Wie heißt derjenige, der des Nachts in den Garten seines Nachbars einbricht und sich die Früchte aneignet, deren Pflege dem Besitzer so viele Mühe und Arbeit kostet!

Dieb! So nennt man ihn.

Wie heißen diejenigen, die die Früchte der Organisation in Gestalt von Mehrlohn, Arbeitszeitverkürzung usw. einstecken, die den Arbeitern zukommen, ohne daß sie zur Stärkung der Organisation etwas beitragen?

Diebe am Arbeiterrecht! So werden sie genannt.

Während man den, der sich an fremden Gartenfrüchten bereichert, bestraft, prahlen jene, die die Früchte der Organisation stehlen, noch öffentlich damit. — Statt daß man sie mit Verachtung straft, nicht mit ihnen verkehrt, wo es eben geht, nicht mit ihnen arbeitet, ist es soweit gekommen, daß man ihnen Beifall zollt.

Beifall, wenn sie in Belegschaftsversammlungen über die Organisation und deren Vertreter losziehen; Beifall, wenn sie erklären, daß diese nicht genug herausgeholt; Beifall manchmal auch von solchen, die regelmäßig ihre Beiträge zur Organisation zahlen, die auch sehr gut wissen, daß deren Vertreter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, die sich aber von Augenblicksstimmungen hinreißen lassen, die in dieser Zeit der Not und des Elends nur zu leicht vergessen, was die Organisation schon für sie getan, und denen zujubeln, die niemals etwas geleistet, nie gesät, aber immer mit geerntet haben.

Dies muß anders werden! Schlimmer noch als der betreffende Feind, den niemand liebt, ist der Feind im eigenen Lager der Arbeiterschaft. Gut Freund mit ihm sein, Tiraden noch zujubeln, heißt Verrat an der Arbeiterschaft.

Vom Tode des Ertrinkens gerettet. Unterhalb der Effengrube fiel Mittwoch nachmittag der dreijährige Sohn des Arbeiters Heinrich Mellendorf beim Spielen in die Trave. Es gelang dem an der Obertrave wohnhaften Tapezier Karl Blöß das Kind im letzten Augenblick zu retten und sicher an Land zu bringen, wo die Wiederbelebungsversuche glücklicherweise von Erfolg waren.

Auf der Propagandareise. Wir brachten am Dienstag eine Hofnachricht, nach der der älteste Sohn des Hohenzollern in einem Vorort Lübecks Besuch abstattete. Dies große Ereignis hatten die Kaiserlichen hier ganz verpaßt. Arg verschnupft hatte es aber den ehemaligen Kronprinzen, und dies um so mehr, da der Herr anderorts viel besser behandelt wurde. Er befand sich nämlich auf einer Geschäftsreise für die Monarchie. Ehe S. ehemalige K. H. zu den Hanseaten kam, war sie beim Motorradrennen in Swinemünde. „Länger als vier Stunden verharrte der Herr — so schreibt ein aufmerksamer Beobachter — auf dem Startplatz. Seine hohe schlanke Gestalt wurde schnell erkannt und aller Augen blieben auf ihn gerichtet. Trotz des spannenden Rennens und des lauten Motorgeknatters waren die Zuschauer in andächtige Betrachtung versunken; denn wohl niemand war es bisher vergönnt gewesen, den Kronprinzen aus allernächster Nähe so lange zu sehen." — In Zinnowitz begab sich die schlanke Gestalt sogar ins Familienbad und ließ sich stürmisch umjubeln. In Oelde in W. gar brachte der Vorsitzende des Kriegervereins auf den Kaisersohn ein Hoch aus. Zum Abschied erhielt der arme Schlucker einen Schinken, eine Flasche Steinhäger und einen Pumpernickel. Und in Lübeck? Da grinste den hohen Herrn ein einziger aufrechter Bürger an, der zufällig ein Berliner war und außerdem Sozialdemokrat ist. Da gab's keinen Schnaps und keinen Schinken — aber, das schworen sich die Kriegervereinler, wenn er wiederkommt, dann soll sich kein Sozi mehr diese Frechheit herausnehmen. Dann stehen wir stramm. Und eine Flasche Bunterkuhkümmel wird jetzt schon parat gehalten für den Fall, daß — — — wir meinen man bloß, daß die Geblendeten ganz meschugge werden sollten.

Stapellauf. Für Rechnung der Hochseefischerei-Aktiengesellschaft „Trave" in Lübeck lief auf der Schiffs- und Dockbauwerft Flender A.-G. Lübeck-Siems der Ersatzbau für den im Februar d. J. unter Island verloren gegangenen Fischdampfers „Schlutup" vom Stapel. Das neue Schiff hat eine Länge von 42 Meter bei einer Breite von 7,39 Meter und wird mit einer dreifachen Expansionsmaschine von 450 Pferdestärken ausgerüstet.

Da werden Weiber zu Hyänen. In der Welt am Montag lesen wir: „Im Reichsverband der deutschen Hausfrauenvereine ist eine Palastrevolution ausgebrochen. Der Reichsverband hatte sich mit dem dänischen Hausfrauenverband über gemeinsame Berufsarbeit verständigt. Das hat die Hausfrauen Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Lübecks wild gemacht. Unter Vorsitz von Fräulein Klara Burmeister-Lübeck hat ihr Landesverein beschlossen, dem Vorstand des Reichsverbandes seine „schärfste Mißbilligung" auszusprechen und von jeder Beteiligung an den Veranstaltungen des Reichsverbandes abzusehen, „bis jede Verbindung mit der dänischen Hausfrauenorganisation gelöst ist." Gut gebrüllt, Löwinnen!" — Die Lübecker bürgerlichen Damen haben überhaupt einen eigenwilligen Kopf. Erst dichten und schreiben sie auf Teufel komm raus für einen neuen Rachefeldzug und nun lehnen sie, treudeutsch-hanseatisch wie sie einmal sind, auch die Gemeinschaft mit den dänischen Schwestern ab. Ihre Männer aber zerbrechen sich den Kopf, wie man aus der Wirtschaftsmisere, in der sich gerade Lübeck befindet, herauskommt und mit den Ostseestaaten in gute Beziehungen kommt. Was der eine gutzumachen sucht, verpfuscht der andere. Aber werde einer einmal klug aus den Flammen, die in den gut frisierten Köpfchen der bürgerlichen Damenwelt so wunderbar züngeln.

Nachrichten für Seefahrer. Die Erhöhung der Lichtstärke des Leuchtfeuers „Marienleuchte" auf Fehmarn auf ungefähr 54° 30' N, 11° 14' O ist durchgeführt. Die mittlere Tragweite des Feuers beträgt im weißen Sektor 25 Sm, im roten Sektor 18 Sm. Das Feuer zeigt fortan folgende Kennung: Blink 5 Sk.; Pause 25 Sek.; Wiederkehr 30 Sek. Beim Versagen des elektrischen Stromes brennt Flüssiggasglühlicht.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr 19 Grad, Luft 17 Grad.

Badeanstalt Krähenteich. Wasserwärme heute früh 11 Uhr 19 Grad, Luft 17 Grad.

Das neue Schwurgericht.

Vereinfachtes Prozeßverfahren.

Am kommenden Montag und Dienstag tritt das Schwurgericht in Lübeck zusammen. Gegenüber der bisherigen Zusammensetzung ist eine wichtige Aenderung eingetreten. Das neue Schwurgericht mit nur sechs Laienrichtern sieht wie ein großes Schöffengericht nach außen hin aus. Die sechs Geschworenen sind nicht nur für die erste zur Verhandlung anstehende Sache bestimmt, sondern ihre Tätigkeit erstreckt sich auf alle Straffälle. Bei dem neuen System kommt der zeitraubende Apparat der Auslosung in Wegfall, weder Staatsanwalt noch Verteidiger werden vom Gros der Geschworenen darum angegangen, bei einer Auslosung sie abzulehnen, es fällt die häufig Stunden beanspruchende Rechtsbelehrung fort, es wird weder Papier noch Tinte für komplizierte Schuldfragen vergeudet, die Geschworenen werden bei der Beratung nicht unter Verschluß gehalten und es kann nicht passieren, daß sie sich wegen unkorrekter Beantwortung einer Schuldfrage noch einmal ins Beratungszimmer zurückziehen müssen. Da die Geschworenen heute nicht mehr allein über die Schuldfrage zu entscheiden haben, sondern die mitsitzenden Richter an der Abstimmung teilnehmen, so entfällt auch das Gebaren, daß die beantworteten Schuldfragen erst in Nichtanwesenheit der Beschuldigten verlesen werden und die gewichtige Rolle des Geschworenenobmannes, alle Abstimmungsbeschlüsse bekanntzugeben, gehört der Vergangenheit an. Wenn früher der Staatsanwalt mit den Verteidigern fast um die Wette plaidierte, die Geschworenen für ihre Anschauungen gefügig zu machen, so hat heute dieses „Liebeswerben", dieser Wettkampf um die Gunst der Geschworenen doch nicht mehr diese Bedeutung wie früher, denn an dem Schuldspruch sind heute ja auch Juristen beteiligt, die im Beratungszimmer den Geschworenen alle gewünschten Aufschlüsse über rechtliche Dinge zu geben vermögen. Durch alle diese Neuerungen wird das Verhandeln wesentlich beschleunigt, allein wenn auch manche jetzt entfallenen Formalien künftig weiter entbehrt werden können, diese Neuerung kann doch so stark zum Nachteil der Angeklagten wirken, daß ihre schleunigste Beseitigung geboten erscheint.

Lübecks Reedereipläne.

Was lehrt die Erfahrung? / Regelmäßige Fahrten. / Billigste Fracht- und Hafengebühren. Niedrigste Speditionskalkulation.

Die zur Beratung stehende Vorlage des Senats zur Schaffung einer neuen staatlich subventionierten Reederei gibt uns Anlaß, einmal näher mit den **Schiffahrtsverhältnissen, Speditionskosten und den Hafengebühren** uns zu befassen, wobei wir von einem Kenner der Verhältnisse, der in diesen Angelegenheiten gut eingeweiht ist, lange Zeit praktisch gearbeitet hat und keinerlei Interessen nach irgend einer Seite hat, aufs beste unterstützt wurden. Daß die allgemeine Lage in Lübeck und anderen Seestädten für Reedereien sowohl wie auch für die Hafenverwaltungen in den letzten Jahren keine rosigen waren, ist ja bekannt, und der Weltpreis für die Seefrachten unterlag einer starken Depression. Um nun überhaupt einmal zu einem besseren Frachtgeschäft zu kommen und die nach dem Kriege stark einsetzende Konkurrenz der ausländischen Dampferlinien zu begegnen, entschlossen sich die großen deutschen Reedereien, wie z. B. Hapag, Hansalinie usw., den Verfrachtern für Ueberseegeschäfte durch Gewährung einer besonderen Rückvergütung, vorerst erhoben in Form einer 10prozentigen Primage (Zuschlag zur Seefracht), entgegenzukommen, um damit den deutschen Frachtverkehr für die deutsche Schiffahrt an sich zu ziehen. Daß dabei ein scharfer Konkurrenzkampf einsetzte, war klar. **Von Bemühungen Lübecker Reedereien hörte man nichts.** Nur einer Lübecker Reederei, der Hornlinie, kann man rühmlich nachsagen, daß sie — oft in wilder Fahrt — namentlich für das Südamerikageschäft — hierbei scharf in Konkurrenz trat, dabei aber leider nicht auf einen grünen Zweig kommen konnte. Immerhin blieb die Regsamkeit dieser Reederei gegenüber anderen lübeckischen Reedereien doch beachtenswert. Speziell der **Lübecker Exportgroßhandel,** der mit allen Weltteilen in Verbindung steht, war gegenüber den Verhältnissen in den anderen beiden Hafenstädten arg im Nachteil, da für ihn eine Ausfuhrmöglichkeit zuerst nur über Hamburg und Bremen und für das nordische Geschäft allein Lübeck in Frage kommen konnte. Dieser Lübecker Exporthandel mußte nun sein Augenmerk darauf richten, so billig wie möglich zu verfrachten, und er machte bei der Aufstellung seiner Frachtkalkulationen die Beobachtung, daß es sich (noch im vorigen Jahre) infolge zu hoher Hafengebühren in Hamburg und Bremen wie auch der schlechten Tarifpolitik der deutschen Reichseisenbahnen tatsächlich lohnte, die Spedition für das ostasiatische und indische Geschäft besser über Rotterdam und Triest zu leiten. **Hamburg und Bremen erkannten die Notwendigkeit einer Aenderung der Hafen- usw. Gebühren und handelten dementsprechend schnell,** so daß, als im letzten Frühjahr auch die Tarifbesserung der Reichseisenbahn für die Güterbewegung kam, die **Spedition für den Exporthandel über Bremen und Hamburg nun vorteilhafter geworden war;** trotzdem aber wurde aus Inlandskreisen noch immer über viel zu hohe Speditionskosten geklagt. Für das **nordische Geschäft** hätte nun **Lübeck aber auf alle Fälle** wie vor dem Kriege **Ausgangshafen bleiben müssen,** weil seine bahnlichen Verbindungen mit dem westlichen Industriedeutschland — wie schon ein Blick auf die Landkarte lehrt — die günstigsten heute noch sind. Aber was besagten die aufgestellten Frachtkalkulationen? **Stettin war billiger!** Unglaublich, aber wahr. Da für einen Kaufmann in erster Linie die Zahlen sprechen und nicht lokalpatriotische Erwägungen, so wurde vom Exportgroßhandel Stettin als Verfrachtungshafen vorgezogen, da auch die Stettiner Verladungsmomente besser geartet waren als die Lübecker. Es ist unstreitig, daß Stettin neben Kiel als der schärfste **wirtschaftliche Gegner Lübecks** anzusprechen ist, der schon insofern einen großen Vorteil hat, als er den **Verkehr von Lübeck ab und an sich gezogen hat.** Im März überraschte die Hamburger Zeitschrift „Der Schiffsfrachtendienst" seine Leser plötzlich mit der Nachricht, daß die **lübeckischen Hafengebühren die billigsten** seien. Reichlich spät — aber doch noch. Guten Kennern der Verhältnisse war es aus Zuschriften schon lange bekannt, daß Stettin im westlichen Industriegebiet nicht nur eine ganz enorme Propaganda eigener Art entfaltet hatte, sondern auch auf dem Frachtenmarkte — und das ist auch eine Hauptsache — nach den nordischen Ländern einen gewissen Einfluß bemerkbar machen sollte. **Und die Lübecker Reedereien?** Man hörte nichts von ihnen. Nun plötzlich will Lübeck Propaganda machen und seinen Hafen, seine Reedereien und sein Kontorgeschäft beleben. Sind die Aussichten dafür günstig? Ja, sogar sehr. Denn noch schwirren viele Klagen aus auswärtigen Exportkreisen über die **hohe Berechnung der Speditionskosten** in allen Hafenstädten. Hier könnte der Hebel mit angesetzt werden. Die größte Hauptsache an der Lübecker Senatsvorlage fehlt bisher noch: nämlich die Angliederung einer **eigenen Speditionsabteilung,** deren Hauptzweck sein muß, die **Verladungs- und Provisionsgebühren** auf das nur allererdenklichste Maß **herabzudrücken.** Gerade diese Gebührenverrechnung hat in Exportkreisen — auch des Hinterlandes — schon viele Enttäuschungen und Entrüstungen hervorgerufen, und mancher Kaufmann hat statt des erwarteten Plusgeschäftes nach Erhalt der Abrechnung von seinem Spediteur ein Minusgeschäft buchen müssen. Die erregten Zuschriften aus diesen Exportkreisen bis in die neueste Zeit hinein beweisen, wie ungeheuerliche Sätze da oft erscheinen; auf Protest eingetretene **Nachlässe** z. B. in Hamburg **(100 bis 400 Prozent)** zeigen die **Willkürlichkeiten.** Hier kann sich Lübeck Vertrauen erwerben. Aber — Geld! Und vor allem eine gut organisierte, aber stille persönliche Propaganda, getragen von Hand und Mund, nicht nur durch Bilder und Schriften. Lübeck hat zu ringen, um Verlorenes wieder zu holen, sein Kampf ist aber kein aussichtsloser. Die neu zu gründende Reederei wird für die ersten Jahre sicherlich keine Dividende abwerfen, oft in wilder Fahrt fahren, aber regelmäßige Linien innehalten müssen. Nur in Verbindung mit **günstigen Hafengebühren** und unter Anwendung einer **geschickten Frachtenpolitik** zusammen mit einer **persönlichen Propaganda** ist noch alles Gute zu hoffen. Denn seine geographische Lage mit dem westlichen Industriehinterlande ladet auch heute noch zu Beachtung bei der Verfrachtung nach den nordischen Ländern ein, wie sehr oft mancherlei Anfragen aus diesen Gegenden bewiesen haben. Von einer **staatlichen Subventionierung schon bestehender Reedereien** erwarten wir nichts, weil hier doch immer wieder eine **Dividendenpolitik** betrieben wird, die sich nie verträgt mit dem Endziel: **verbilligte Kosten.** Drei Kardinalpunkte also sind es, die die neue lübeckische Reederei zu beachten hätte: **regelmäßige Linienfahrten, billige Frachtraten und Hafengebühren** und **niedrigste Speditionskalkulationen.** Das sind Momente, die im westlichen Industriegebiete stets Würdigung finden werden.

Von der Wismarer Ingenieur-Akademie.

Kein Umzug nach Lübeck. — Gegen unlauteren Wettbewerb der Städte.

Die Pressemitteilungen über den beabsichtigten Auszug der Studierenden an der Ingenieur-Akademie in Wismar müssen eine Korrektur erfahren. Es scheint sich um einen etwas dick aufgetragenen studentischen Bluff gehandelt zu haben, um die Behörden der Stadt Wismar etwas aufzumuntern. Diese sollen übrigens die Forderungen der Studierenden erfüllt haben. Uebrigens ist die Uebersiedlung einer so großen Zahl und die Errichtung eines derartigen Instituts mit allem Drum und Dran keine Sache, die im Handumdrehen erledigt werden kann. Für die Schlußfolgerungen, die ein hiesiges Blatt daraus gezogen hatte, waren wohl fromme Wünsche der Vater des Gedankens.

*

Daß die Herren Studierenden ihre besonderen Mucken haben, ergibt sich aus einem Artikel unseres Schweriner Bruderblattes. „Das Freie Wort" schreibt u. a.: „Die Studierenden der Wismarner Ingenieur-Akademie sind wieder einmal auf der Suche nach einer neuen Heimat. Die Stadt Wismar soll ihren Wünschen und Begehren nicht weit genug entgegengekommen sein. Vor einigen Jahren war auch ein Streit zwischen Studierenden und Lehrerschaft und der Stadt Wismar ausgebrochen und man beabsichtigte damals nach Lauenburg auszuwandern. Diese Studierenden scheinen recht wanderlustig zu sein und es sollten sich alle Städte wohl überlegen, welche Versprechen man der Lehrerschaft sowie den Studierenden macht. Wenn man vor zwei Jahren leichtsinnig nach Lauenburg abwandern konnte, heute schon wieder nach Lübeck oder Schwerin ziehen will, so wird man, wenn man in einer dieser Städte ein Heim gefunden hat, übermorgen gegen diese beheimatenden Städte in derselben Weise vorgehen, wenn man seine Wünsche nicht immer erfüllt bekommt. Wir sind der Ansicht, daß es Pflicht der Städte ist, hier keine unlauteren Wettbewerbe zu treiben und wie ein raffinierter Kaufmann einer den andern zu überbieten. Es ist der Schweriner Einwohnerschaft sowie der städtischen Körperschaft nicht würdig, der Stadt Wismar durch Unterbietungen in den Rücken zu fallen. Zu bedenken ist doch auch, daß Schulräume sowie Laboratorien in Wismar vorhanden sind und diese Einrichtungen in jenen Städte, wohin dann die Schule verlegt wird, erst neu geschaffen werden müssen. Ob sich das die Städte bei ihrer heutigen Finanznot leisten können und leisten sollen, ist doch wohl sehr zu überlegen. Hier wäre es unserer Auffassung nach Pflicht, daß der Städtetag, eine Verbindung, die die Interessen aller Städte wahren soll, in Funktion trete." — Das hier Gesagte unterschreiben wir Wort für Wort.

Die hohen Milch- und Butterpreise.

Was soll erst im Winter werden?

Wir lesen in der Zeitschrift „Butter- und Fettmarkt":

„Ist das nicht komisch, daß mitten im Sommer, wo es sonst Butter reichlich zu geben pflegte, die Butter so knapp ist, daß sie kaum zu haben ist? In den letzten Tagen konnte man Butter nur dann ins Haus bekommen, wenn man rechtzeitig auf dem Posten war. Sonst konnte man umsonst laufen in die Molkereigeschäfte oder in die Kaufläden: Butter war ausverkauft oder am Tage schnell geräumt. Bis vor 8 Tagen war ein so starkes Angebot, daß die Preise auf dem Elbinger Wochenmarkt vereinzelt bis auf 80 Pfg. sanken (auf dem Osteroder Wochenmarkt sogar bis auf 60 Pfg.), dann Verschwinden der Butter und starkes Anziehen der Preise — mitten im Sommer, zur Zeit der besten Weide und des größten Milchertrags. Und die Ursachen? Sicher ist, daß die Hausfrau in der warmen Jahreszeit sich lieber des Butterfettes bedient als des tierischen Fettes. Diese Tatsache allein erscheint jedoch nicht ausreichend zur Begründung des plötzlichen Buttermangels. Auch die sich belebenden Badeorte haben in früheren Jahren nicht derartig auf die Butterpreise eingewirkt, wie das jetzt der Fall ist. Es muß also doch wohl die Schlagsahne der Schuldige sein, die am 15. Juni freigegeben wurde. Auffallend ist es, daß fast genau mit jenem Zeitpunkt ein Stimmungswechsel auf dem Buttermarkte eintrat, nicht zum Schaden der Buttererzeuger. Alle wissen wir, daß jetzt **Schlagsahne in unglaublichen Mengen verbraucht** wird, obgleich der Preis mit dem der Butter und der Milch nicht in Einklang zu bringen ist. Annehmen dürfen wir, daß noch in der ersten Hälfte voriger Woche die Butterpreise dem Friedensstand entsprachen.

(In Lübeck war dies bisher nicht der Fall.) Nicht so der Preis der Schlagsahne. Kostete im Frieden ein Baisser 10, ein Windbeutel 15 Pfennig, so muß jetzt das Baisser mit 40 Pfennig bezahlt werden. Trotzdem das große Verlangen, daß immer nach langer Entbehrung auftritt und das dann auf den Preis nicht achtet. Die Schlagsahnewogen werden sich wieder glätten. Sollte das nicht der Fall sein, dann erscheint die Rücksichtnahme auf die Wirtschaft notwendiger als die Befriedigung der Leckermäuler, die ohne Bedenken drei und vier Baisser verzehren, dann aber über schlechte Zeiten jammern."

In derselben Zeitung wird ein Patent erwähnt zur Herstellung von Schlagsahne mit weniger als 20 Prozent Milchfett. Da die Behörde noch nichts zur Sicherstellung der Frischmilchversorgung aus Anlaß der Schlagsahnenfreigabe getan hat, muß mit aller Entschiedenheit nunmehr gefordert werden, daß wenigstens ein Mindestfettgehalt der Schlagsahne festgestellt wird. Nach obigem Rezept braucht man nur noch 6 Liter Milch zu 1 Liter Schlagsahne. Bei einem Verkaufspreis von 2,50 Mark per Liter verwertet man die Milch mit 41,5 Pfennig, plus 5 Pfennig für anfallende Magermilch, gleich 46,5 Pfennig.

Diese Vergeudung der Milch zu Schlagsahne ist ein Verbrechen an der armen notleidenden Bevölkerung.

Wie heute auf See gefahren wird.

Spiel mit Menschenleben.

Zwei Beispiele, wie leichtsinnig Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden, ergaben sich vor dem Hamburger Seeamt, die auch weitere Kreise interessieren. Im ersten Fall handelte es sich um die Kollision zwischen dem im Dienst der Hamburgischen Strafanstalten stehenden Staatsdampfer Senator Nöldeke, Kapitän Schultz, und dem dem Schiffer Hölke aus Schulau gehörenden Motorfischkutter Herold, S. S. 70, auf der Elbe beim Altonaer Leitdamm, wobei der Kutter wegsank, die Mannschaft aber gerettet wurde.

Nach der Zeugenvernehmung führte der Reichskommissar aus, daß er noch keine Verhandlung mitgemacht habe, bei der derartig kolossale Widersprüche gewesen seien wie bei dieser. Es stehe aber fest, daß auf der einen Seite, dem Senator Nöldecke, eine gewaltige Konfusion geherrscht habe. Fest stehe ferner, wie von allen einwandfreien Zeugen bestätigt sei, daß der Fischkutter auf der Südseite gewesen und sich der Senator Nöldeke also im falschen Fahrwasser befunden habe. Es seien keine befahrenen Seeleute an Bord des Dampfers gewesen. Dem Führer des Senator Nöldeke sei auf alle Fälle die Schuld beizumessen. Er habe sich an der falschen Fahrwasserseite befunden, habe keinen Ausguck gehabt und habe keine Ausweichsignale gegeben, wie die Seestraßenordnung sie vorschreibe. Nach der Kollision habe er sich nicht einmal um das kollidierte sinkende Fahrzeug gekümmert.

Daran anschließend wurde verhandelt über den mutmaßlichen Untergang der im Eigentum der Hamburger Reederei John Heins stehenden Galeas Neptun, Kapitän Haß, auf der Reise von Baltischport nach Itzehoe. Das Schiff ist mit einer Ladung Holzstäben am 8. Oktober 1923 von Frederikshamn nach Itzehoe in See gegangen, hat wegen Sturmschäden Baltischport angelaufen und nach Beendigung der Reparaturen von Baltischport seine Reise fortgesetzt. Das Schiff ist in seinem Bestimmungshafen nicht eingetroffen. Das Schiff hatte nach den Akten der See-Berufsgenossenschaft keine Erlaubnis zu Fahrten nach Finnland. An Bord befanden sich auf dieser letzten Reise außer dem Kapitän nur Jungens unter 20 Jahren, da der Steuermann Plate in Fredikshamn desertiert war, nachdem er durch Mißhandlungen einen Schiffsjungen zum Desertieren getrieben hatte und die Anzeige des Kapitäns Haß fürchtete. Mit dieser ungenügenden Besatzung ist der Kapitän abgefahren. Außerdem soll der Neptun nach Auslage des Kapitäns Berner und der Besatzung des Dampfers Marie Oelsner bei der Abfahrt von Fredrikshamn zu tief beladen gewesen sein. Der Dampfer sei ein sogenanntes Plätteisen im wahrsten Sinne des Wortes und nicht seetüchtig gewesen. Der Reichskommissar sagte, es sei schwer zu verstehen, wie der Kapitän mit einer so geringen Mannschaft, von der keiner älter als 19 Jahre gewesen sei, in See gehen konnte. Der Schiffsreeder hätte die Rückreise nicht mehr erlauben dürfen. So würden Menschenleben im Interesse des Profits aufs Spiel gesetzt.

Was geschieht dem Reeder?

Nach Amerika.

Zu den Ausführungsbestimmungen des neuen amerikanischen Einwanderungsgesetzes.

D. A. J. Endlich geben die amerikanischen Konsulate die Ausführungsbestimmungen zum neuen amerikanischen Einwanderungsgesetz zum Teil bekannt. Sie bringen zwar noch keineswegs völlige Klarheit über alle schwebenden Fragen, mit denen die öffentlichen Auskunftsstellen für Auswanderer und die Schiffsagenturen in letzter Zeit überschwemmt wurden. So erfahren wir z. B. noch nichts darüber, ob tatsächlich das neue Einwanderungsvisum noch einmal bezahlt werden muß, wenn das alte schon bezahlt wurde (nach mündlicher Auskunft ist damit zu rechnen). Wir erfahren auch nichts über die neu vorzulegenden Papiere, von denen neuerdings Führungszeugnis, Gesundheitszeugnis, Geburtschein, Militärpapiere und Affidavit in doppelter Ausfertigung gefordert werden. Auch über die Fragen des neuen Antragformulars und die andere Frage, ob auch bei Familienpaß jeder Beteiligte ein Sondervisum haben muß, wird darin nichts bekannt gegeben.

Klar geht dagegen aus den Bestimmungen hervor, daß das neue Visum zur Einreise **innerhalb eines Zeitraums von 4 Monaten** vom Tage der Ausstellung an berechtigen soll. Persönlich dürfen beim Konsulat erscheinen:

1. Alle **„nicht unter die Quote fallenden Einwanderer"** (siehe unten),
2. die **„Nicht-Einwanderer"**, welche keine Einwanderungsvisa brauchen, sondern nur „Paßvisa" oder „Durchreisescheine" ausgestellt erhalten.
3. Von den **„Quote-Einwanderern"** nur
   a) **Vater, Mutter, Gatte, Frau** und unverheiratete **Kinder** unter 21 Jahren eines Bürgers der Vereinigten Staaten, der das 21. Jahr erreicht oder überschritten hat.
   b) Gelernte **Landarbeiter** und deren **Frauen** und unterhaltungsberechtigte Kinder unter 16 Jahren.

   Folgende Kategorien der „Quote-Einwanderer" müssen schriftlich durch Doppelpostkarte anfragen, wann sie zur Einreichung ihres Antrages sich einfinden sollen:
   c) Personen, die bereits im Besitz eines mit einem Ausreisevisum nach den Vereinigten Staaten versehenen Passes sind.
   d) Personen, die bereits ein Visum beantragt haben.
   e) Personen, denen bereits eine Zeit zur Entgegennahme ihres Antrages angegeben ist.

Alle andern Personen, die nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen, dürfen nur schriftlich ,nicht persönlich, um Aufgabe einer Zeit zur Entgegennahme ihres Antrags ersuchen.

Die Landarbeiter müssen ihren Beruf in den Vereinigten Staaten weiterzuverfolgen beabsichtigen und unantastbare schriftliche Beweise über die Tatsache, daß sie gelernte Landarbeiter sind, beibringen.

Unter **„nicht unter die Quote fallenden Einwanderern"** versteht das Gesetz folgende Kategorien:

a) das ledige Kind unter 18 Jahren oder die Frau eines Bürgers der Vereinigten Staaten, der in den Vereinigten Staaten seinen Wohnsitz hat.
b) ein früher rechtmäßig zugelassener Einwanderer der Vereinigten Staaten, der von einem Besuch im Ausland dorthin zurückkehrt.
c) Personen, die mindestens während der letzten zwei Jahre vor der Beantragung des Einreisevisums einen Beruf als Prediger irgendwelcher Konfession, oder als Professor an einem Gymnasium (college), einer Akademie, einem Seminar, einer Hochschule oder einer Universität ausgeübt haben und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen in der alleinigen Absicht, diesem Beruf dort weiter nachzugehen, sowie deren Frau und ledige Kinder unter 18 Jahren.
d) Bona fide Studenten, die über 15 Jahre alt sind und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen zum Zwecke des Studiums an einer staatlich anerkannten Lehranstalt, die von ihnen besonders bezeichnet und vom Arbeitsminister gebilligt ist.

Volksparteiliche Menschenfreundlichkeit.

„Der Reichstag wolle beschließen: Im Hinblick auf das berechtigte Selbstbewußtsein des deutschen Handwerks und auf die Notwendigkeit, seinen Ruf als Erziehungsstätte aufrecht zu erhalten, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Regierungen der Länder dahin einzuwirken, daß bei dem Vollzug von Freiheitsstrafen die Strafgefangenen keine Handwerkslehre erhalten."

So lautet ein von 19 Mitgliedern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unterschriebener Antrag, der dem Reichstage zugegangen ist. Der Antrag spricht eine deutliche Sprache. Er beweist, daß die Deutsche Volkspartei keinen Blick hat für die Lebensbedingungen weiter Schichten unseres Volkes, die nur allzuleicht Menschen mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen können.

Es gibt freilich geborene Verbrecher, ebenso wie es geborene Dirnen gibt. Auch die günstigsten materiellen Lebensbedingungen und weitgehendste persönliche Fürsorge werden diese nicht veranlassen, ein einwandfreies Leben zu führen. Unbestritten aber tragen materielle Not und mangelnde persönliche Fürsorge in Kindheit und Jugend — die oftmals auch nur auf materielle Not zurückzuführen ist — dazu bei, daß Menschen den Gefahren des Lebens unterliegen. Hieraus erklärt sich, daß einen erheblichen Teil der in Gefängnissen Freiheitsstrafen verbüßenden Personen die besitzlose Schicht unseres Volkes stellt. Von den Angehörigen dieser Schicht wissen viele nicht, woher sie das Brot nehmen sollen für die allernächste Zukunft und wo sie wohnen können, wenn sie keine Arbeit haben.

Ganz besonders groß ist unter den Strafgefangenen und unter Fürsorgezöglingen zu allen Zeiten die Zahl derjenigen gewesen, die keine Berufsausbildung erhalten haben. Seit langer Zeit gilt deshalb gute Berufsbildung als eines der wichtigsten Schutzmittel gegen Abgleiten auf die schiefe Bahn und zur Rettung von Gefallenen. Aus gutgeleiteten Fürsorgeanstalten und Gefängnissen ist schon so mancher Zögling und mancher inhaftiert Gewesene für das Leben gestärkt hervorgegangen, weil man ihn dort mit dem Rüstzeug für das Leben versehen hat, das ihm vorher nicht hat gegeben werden können.

Die Bestrebungen des modernen Fürsorgewesens, das sich den Opfern unserer Gesellschaftsordnung liebevoll und mit Verständnis annimmt, sollten deshalb mit allen Mitteln gefördert werden. Nicht nur einzelne Menschen, sondern die Gesamtheit würden davon den Vorteil haben. Es ist erfreulich, daß in unserem Volke die Einsicht von der Zweckmäßigkeit solcher Arbeit immer mehr wächst.

Umso unverständlicher erscheint deshalb der Antrag der Deutschen Volkspartei. Er zeugt von einer Kleinlichkeit der Gesinnung, die kaum noch übertroffen werden kann.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Sozialdemokratische Partei. Wir geben unseren Genossen und Genossinnen bekannt, daß ab 1. Juli der Beitrag für die Genossen auf 15 Pfg. und für die Genossinnen auf 5 Pfg. pro Woche festgesetzt ist. **Der Vorstand.**

F. W. **Grevesmühlen.** Zur völkischen Schießerei beim Volksfest. Nachdem auch hier eine Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" gebildet ist, müssen die Völkischen beobachten, daß sie nicht allein mehr Beherrscher der Stadt sind. In fett überschriebenen verleumderischen Artikeln der „Warte" versuchte man deshalb, die Regierung Brandenstein zum Einschreiten zu bewegen und auf jede Art und Weise auf die Arbeiterschaft provozierend zu wirken. Nur dem Verhalten der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß ein Zusammenstoß bisher vermieden wurde. Nun fand, wie gestern kurz gemeldet, am Sonntag das Volksfest statt. Waren bereits am Nachmittag auf dem Festplatz völkische Jünglinge in Uniform erschienen, so versuchten sie gegen Abend auf jeden Fall in Streit mit Arbeitern zu geraten. Nachdem gegen 10 Uhr das Feuerwerk beendet war, strömten die Menschenmassen in die Straßen. Einen Zug singender Arbeiter überfiel man, indem man sie mit **Gummiknüppeln bearbeitete.** Als kurze Zeit darauf ein größerer Zug zurückkam, eröffneten die Völkischen ein derartiges Schießen aus dem Kaffeehaus Reichert, daß unter den Menschen ein wildes Rennen begann. **Zirka 30 Schüsse** wurden nicht nur aus dem Café, sondern auch aus den **Privaträumen des Besitzers** im zweiten Stockwerk blindlings abgegeben. In der gegenüberliegenden Wohnung des Arztes Dr. Beulshausen in der ersten Etage wurde ein Fenster durchschossen, ebenso die Haustür des Hauses. **Mehrere Passanten** wurden aus dem Café heraus unter Feuer genommen und **verwundet.** Nur dem besonnenen Verhalten der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß nicht das gesamte Lokal zerstört wurde. Die herbeigeeilte Polizei verhielt sich völlig passiv, indem sie die Straßen räumen wollte und die Revolverhelden unerkannt entkommen ließ. Trotzdem gelang es, einen Jüngling, der im Besitze einer Waffe war, der Polizei zu überliefern, und zwar den 19jährigen unorganisierten Schriftsetzer Heinrich Rohbrahn, welcher sofort verhaftet wurde. Gegen 12 Uhr erschienen per Lastauto die **Roßbachbanditen** des Gutes Gr.-Walmstorf, wahrscheinlich telephonisch herbeigerufen. Abermals begannen die Helden eine wilde Schießerei in den Straßen. Festgestellt ist, daß von seiten der Arbeiter kein Schuß gefallen ist. **Schwer verletzt wurde der Arbeiter Scheof** durch einen Brustschuß, Armschuß und zehn Schrotschüsse im Rücken, außerdem leichter verletzt eine Frau durch Beinschuß, ein 17jähriger Junge durch Brustschuß, ein Arbeiter durch Beckenschuß und zwei Männer durch Schrot

Erlebnisse und Eindrücke in Brasilien.

Wie wird es in den fremden Wäldern
Euch nach der Heimat Berge Grün,
Nach Deutschlands gelben Weizenfeldern,
Nach seinen Rebenhügeln ziehn!

Wer sich mit dem Gedanken der Auswanderung nach Brasilien beschäftigt und sich hierbei auch wohl in dem Glauben befindet, etwas besonders Gescheites zu tun, der wird zunächst eine Landkarte zur Hand nehmen und feststellen, daß Brasilien ein sehr großes Land ist, das den größten Teil des südamerikanischen Kontinents einnimmt und damit fast eine ebenso große Fläche bedeckt wie ganz Europa. Er wird seine Geographiekenntnisse vielleicht sogar mit Hilfe eines Lexikons wieder auffrischen und darin finden, daß dieses riesengroße Land nur rund 30 Millionen Einwohner hat, daß es der Staatsform nach eine Föderativrepublik von über 20 Einzelstaaten ist, vorher aber zuerst eine portugiesische Kronkolonie und später einige Jahrzehnte hindurch ein selbständiges Kaiserreich mit portugiesischer Dynastie war, weshalb Brasilien auch das einzige Land des lateinischen Amerika mit portugiesischer Landessprache ist. Wenn er weiterhin feststellt, daß Brasilien im nördlichen und mittleren Teil tropisches, im südlichsten Teil subtropisches Klima aufweist, wozu wir Deutsche nicht gewöhnt sind, so sollte das doch zu Bedenken Anlaß geben, die aber gewöhnlich in den Wind geschlagen werden. Dann weiterhin heißt es ja, daß Brasilien vermöge seiner großen Bodenschätze und seines Waldreichtums, sowie seines fruchtbaren Bodens noch

große Zukunftsmöglichkeiten

biete, sodaß der sich dem brasilianischen, wenig geschulten Mischling überlegen fühlende kultivierte und geschäftstüchtige Deutsche den Schluß zieht, daß „da noch was zu machen sein muß". Daß dieser Schluß für uns Deutsche nur eine sehr bedingte Berechtigung hat und daß es doch nicht ganz so einfach ist, in Brasilien etwas zu „machen", wird allerdings gewöhnlich erst an Ort und Stelle und damit zu spät erkannt, wenn der Eingewanderte am Grabe seiner Träume steht und keinen Rat mehr weiß. Deshalb kann allen Auswanderungslustigen nicht dringend genug nahe gelegt werden, sich vorher so gründlich wie möglich zu informieren.

Für 95 Prozent aller deutschen Auswanderer nach Brasilien wäre es am besten gewesen, wenn sie in Deutschland geblieben wären. Alle Informationen der offiziellen Auskunftsstellen wirken leider viel

zu wenig abschreckend.

Ich wünsche deshalb jedem Auswanderungslustigen in seinem Interesse, daß er an einen Rückwanderer gerät, der am eigenen Leibe gespürt hat, wie schwer es ist, in Brasilien ohne Kenntnis der Landesverhältnisse und der protugiesischen Landessprache sein Fortkommen zu finden.

Wenn in gewissen Broschüren darauf hingewiesen wird, daß die Kriegsteilnehmer ja alle möglichen Entbehrungen kennen gelernt haben und deshalb, gleichviel welchen Berufen sie angehören, auch geeignet seien, sich als Kolonisten im brasilianischen Urwald zu betätigen, so muß dem doch entgegengehalten werden, daß es wohl nur wenige Kriegsteilnehmer geben wird, die bereit sein würden, ähnliche Strapazen und Entbehrungen, wenn sie ihnen vorher bekannt sind, freiwillig als Dauerzustand gegen ihre bisherige immerhin menschenwürdige Lebenshaltung einzutauschen. Familienvätern besonders sei gesagt, daß den Kolonistenfrauen nicht nur die in Deutschland bekannten Hausfrauenpflichten obliegen und daß das Vorwärtskommen viel von tatkräftigem Zugreifen der Frau bei all und jeder, wenn auch unpassenden Arbeit abhängig ist, wozu die meisten deutschen Frauen weder bereit noch geeignet seien. Gerade die Frauen sind es gewöhnlich, die, wenn sie die brasilianischen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen lernen, zuerst die Flinte ins Korn werfen, vor Heimweh vergehen und sich todunglücklich fühlen.

Zugegeben, daß es Gelegenheiten in Hülle und Fülle gibt, mit wirklich wenig Kapital nach deutschen Begriffen verhältnismäßig große Urwäldereien zu erwerben, zugegeben weiter, daß die deutsche Einwanderung für Kolonisation von der brasilianischen Regierung begünstigt wird, so muß demgegenüber doch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die verlockende Möglichkeit allein, in Brasilien gewissermaßen „Großgrundbesitzer" oder wenigstens „Großbauer" zu werden, den Deutschen durchaus nicht für alles das entschädigt, was er im Vaterlande aufgibt, selbst wenn er hier das Unglück hatte, zu den Erwerbslosen zu zählen. Denn dem Jahrhunderte alten brasilianischen Urwald voll dicker Baumriesen, dornigen Gestrüpps und wildwuchernder Schlinggewächse zu Leibe zu gehen, ist der aus den Großstädten kommende Industriearbeiter und selbst der Berufslandwirt denkbar ungeeignet.

Der unserm deutschen Wald nur schwer vergleichbare brasilianische Urwald ist in der Tat zunächst der größte

Feind der Kolonisten

und setzt seiner Niederlegung allen nur erdenklichen Widerstand entgegen. Er wird hierin durch die zahlreichen, ihn belebenden kleinen Plagegeister, von denen nur die Stechmücken, Sandflöhe, Ameisen, Zecken und ekelhafte große Spinner genannt seien, bei Tag und Nacht aufs Beste unterstützt. Der Sandfloh hat die unangenehme Gewohnheit, sich unter den Nägeln der Zehen oder gar der Finger einzunisten, hier seine Eier abzulegen und zuerst einen starken Juckreiz, schließlich aber Wunden und Eiterungen hervorzurufen, die sehr vorsichtig behandelt werden wollen und leicht zu Blutvergiftungen führen, wenn nicht peinlichste Sauberkeit beachtet wird. Das schlimmste ist, daß man sich auch durch dichtes Schuhzeug vor diesen Tierchen nicht schützen kann. Da der Kolonist aber meistens barfuß seine Arbeit verrichtet einmal, weil er bei der Hitze die Schuhe als lästig empfindet, und auch, um das schwer zu ersetzende Schuhwerk sich zu erhalten, findet man die Koloniebewohner nach dem Tagewerk wohl täglich im trauten Kreise damit beschäftigt, den Spuren des Sandflohes nachzujagen und seine Nistplätze an den Füßen zu beseitigen. Ein ähnlich häufiger und unangenehmer Plagegeist ist die „Bischeberne", ein kleiner Wurm, der sich, ähnlich unserm „Holzbock", irgendwo in das Fleisch einbohrt, sich hier ordentlich mästet und nur durch Ausschneiden der heftig juckenden und schmerzenden Stelle entfernt werden kann. Die Eigenschaften der Stechmücken oder Mosquitos dürfen hinlänglich bekannt sein. Wenn es schließlich gar einem Ameisenheer einfallen sollte, und das kommt öfter vor, auf seinem streng disziplinierten Heerzuge den Weg mitten durch die Behausung des Kolonisten zu nehmen, dann gibt es, bei Tag oder Nacht, für Mensch und Tier nur eine Rettung und das ist

die Flucht.

Eine Rückkehr in die Wohnung ist erst möglich, wenn das durch nichts abzuwehrende Ameisenheer nach einigen Stunden vorübergezogen ist. Der an diese Ueberfälle bereits gewöhnte, einsichtige Kolonist räumt auch ohne weiteres das Feld oder vielmehr das Haus, denn er weiß auch, daß bei seiner Rückkehr jede Art von Ungeziefer durch die Ameisen vertrieben oder vertilgt ist.

Außerdem wird der Urwald auch von zahlreichen größeren Tieren bevölkert, von denen Affen, Papageien, Gürteltiere, Schildkröten, große Eidechsen und Ameisenbären noch die harmloseren sind, während die vielen Arten von giftigen und ungiftigen Schlangen schon durch den bloßen Anblick bei uns Abscheu erregen, durch ihren Biß auch leicht gefährlich werden. Die im Urwalde anzutreffenden Raubtiere meiden gewöhnlich den Menschen. Der Jaguar wird nur gefährlich, wenn er angegriffen wird oder sich angegriffen glaubt. Dagegen holt er sich gern ein Stück Vieh von der Weide, während der Puma seine Angriffe auf das Geflügel beschränkt. Raubüberfälle durch die im Innern des Landes noch wildlebenden Indianerstämme der Botokuden, Guaranis usw., die durch sogenannte Indianerzähmung der Kultur näher gebracht werden, kommen neuerdings nur noch selten vor.

Hinzu kommt, daß der Deutsche an die auch in Südbrasilien fast das ganze Jahr hindurch heißbrennende Sonne — Temperaturen von 30—40 Grad Celsius sind alltäglich — und an die starke Abkühlung des Nachts nicht gewöhnt, auch mit der lebensgefährlichen Arbeit des Roce-(Urwald-)Schlagens nicht vertraut ist. Aber das ist nicht alles. Es heißt auch, sich allein oder mit Hilfe eines Nachbarn selbst eine Unterkunft zu schaffen, die natürlich

schüsse im Arm bezw. Becken. Am Montag weilte die Staatsanwaltschaft in Grevesmühlen. Im Laufe des Tages wurden mehrere Verhaftungen von Völkischen vorgenommen. Die Arbeiterschaft erwartet jedoch insbesondere auch die Verhaftung des Kaffeehausbesitzers Reichert bezw. die Schließung des Lokales, denn nur durch die Duldung des Besitzers konnte diese Schießerei entstehen.

Neuburg (Mecklenburg). Ein schreckliches Familiendrama spielte sich in Hagebök ab. Dort erschlug der Altenteiler Ankleys seine krank im Bett liegende Schwiegertochter mit einem Knüppel. Nach der Tat erhängte er sich mit seiner Frau im Stalle.

Oldenburg. Treudeutsche Verleumder. Vor dem Amtsgericht wurde der Prozeß geführt gegen den Verleumder und die 8 Beleidiger, die vor etwa einem halben Jahre ehrenrührige Vorwürfe gegen die beiden ersten Beamten unserer Stadt aus den Fingern sogen bezw. sie in Zeitungen, Versammlungen oder auch sonst verbreiteten. Die Angelegenheit erregte weit über die Grenzen Oldenburgs hinaus großes Aufsehen, das freilich mit einem Schlage behoben wurde, als der Anstifter der Gerüchte, der jetzt fast 24jährige Kieselhorst, erklärte, er habe seine Behauptungen ohne jeden Grund erfunden. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Der Angeklagte Kieselhorst, ein wiederholt vorbestrafter Mensch, der augenblicklich dabei ist, eine wegen Betrügereien über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 3 Jahren 2 Monaten zu verbüßen, war früher Kommunist und will durch den in Berlin verurteilten Grenz, der bei ihm wohnte, politisch scharf rechts gerichtet worden sein. Er hat u. a. behauptet, Oberbürgermeister Dr. Goerlitz ließe zwei im Ueberfluß lebenden Jüdinnen angemessene Wohlfahrtsunterstützungen zukommen, auch habe derselbe ihm (Kieselhorst), als er dem Oberbürgermeister dies vorgeworfen hätte, durch den Arbeiterrat Graeger 75 Milliarden Schweigegeld geboten. Ferner behauptete er, Bürgermeister Fimmen ließe reichen Jüdinnen Wohlfahrtsunterstützungen zukommen, ihm (Kieselhorst), dem Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, habe er Unterstützungen glatt abgeschlagen. Ebenso habe der Arbeiterrat Graeger zu Oldenburg unter der Begründung, damit die Arbeiterschaft über die oben genannten Vorkommnisse nicht aufsässig würde, ihm 45 Milliarden Schweige- und Schmiergeld geboten und ihm eine angemessene Unterstützung zugesichert. Eine Reihe honoriger Herren waren diese Verleumdungen ein gefundenes Fressen, und der Zeitungsverleger Barkemeyer in Hude trug zur Verbreitung dieses Schwindels in seinem Käseblatt bei. Nun wurde der Urheber, der ehemalige Kommunist und später Deutschvölkische zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Mithelfer erhielten Geldstrafen von 50 bis 500 Mark.

Diese Justiz macht uns keiner nach.

Der Jude wird verbrannt.

Ueber Urteile deutscher Gerichte in den letzten Jahren hat man sich allmählich das Wundern abgewöhnt. Manchesmal war man wirklich nicht mehr in der Lage, daß Deutschland ein Rechtsstaat ist. Aber ein Vorkommnis, bei dem das Gericht in Bremerhaven eine Rolle spielt, ist entschieden der Gipfelpunkt deutscher Rechtsprechung. Die „Deutsche Fleischer-Zeitung" berichtet:

„Einem Fleischergesellen aus Breslau, namens Ast, passierte folgende Geschichte. Gustav Ast erhielt im Dezember 1923 vom Schöffengericht in Bremerhaven ein Urteil zugestellt: er sei auf Grund zweier Zeugenaussagen und seines eigenen Geständnisses **wegen Diebstahls zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.** Ast hielt die Sache für einen Scherz. Er wurde erst eines besseren belehrt, als er die **Aufforderung zum Strafantritt** erhielt. Jetzt hielt er die Zeit für gekommen, vom Gericht Aufklärung zu verlangen. Sie wird ihm zuteil. Darauf schickt er an das Schöffengericht in Bremerhaven eine behördlich beglaubigte Photographie, und **nun stellt sich heraus, daß der eigentliche Dieb ein anderer ist,** der dem Ast früher einmal seine **Ausweispapiere gestohlen** hatte und sich **auf den gestohlenen Namen verurteilen** ließ. Nachdem die Feststellung erfolgt war, war **die Angelegenheit keineswegs erledigt,** im Gegenteil, jetzt setzte das Drama erst ein.

Eines schönen Tages wurde Ast am frühen Morgen in seiner Wohnung verhaftet und ins Breslauer Gefängnis eingeliefert. Da das Gericht in Bremerhaven verhältnismäßig schnell arbeitete, gab es bereits nach elf Tagen Strafhaft seine **Einwilligung,** daß Ast vorläufig freigelassen wurde. Etwas später erhielt Gustav Ast vom Gericht eine Benachrichtigung, die wörtlich lautet:

„Nach den angestellten Ermittlungen hat sich ergeben, daß **Sie nicht der Täter sind.** Der Strafbefehl ist **aber rechtskräftig,** da das erste Schreiben erst nach Ablauf der Einspruchsfrist hier eingegangen ist. **Eine Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand oder eine **Wiederaufnahme** des Verfahrens ist nicht möglich. **Es bleibt lediglich der Gnadenweg.** Es wird Ihnen daher anheimgegeben, umgehend an den Senat in Bremen durch das **Amtsgericht in Bremerhaven ein Gnadengesuch** um Aufhebung der Strafe und Löschung derselben im Strafregister zu richten. Dieses Gesuch wird von hier befürwortet. **Falls ein Gnadengesuch nicht eingereicht wird, muß die Strafe bestehen bleiben."**

Dieses **Schildbürgerstückchen des Amtsgerichts Bremerhaven,** bei dem man wirklich sagen kann, daß aus Vernunft Unsinn geworden ist, kommentiert die „Welt am Montag" mit folgenden ins Schwarze treffenden Worten:

„Wir wissen nicht, ob sich Ast um die Gnade bewarb. Jedenfalls wollen wir als vorsichtige Leute uns alle darauf einrichten, daß wir eines schönen Tages die Aufforderung zugestellt bekommen, vor dem Scharfrichter zu erscheinen, damit uns dieser einen Kopf kürzer machen kann. Dazu ist, wie das Beispiel zeigt, keineswegs erforderlich, daß wir irgendwas verbrochen haben. Ob wir oder andere das Verbrechen begangen haben, das ist nebensächlich. Eine Beruhigung bei der etwas unheimlichen Vorstellung bleibt uns ja immer: eventuell verweist man uns auf den Gnadenweg."

Vermischte Nachrichten.

Sträflinge auf Urlaub. Drei Wochen Ferien wegen guter Führung. Auf der Insel Wight sind mehr als dreißig Sträflinge eingetroffen, die aus dem Maidstone-Gefängnis stammten, und dort vorübergehend entlassen worden waren, weil sie sich durch gute Führung ausgezeichnet haben. Es ist dies der erste Versuch einer neuen Entwicklung in der englischen Gefängnismethode. Die auserwählten Männer leben in kleine Bauernhäusern, die nichts von der Dumpfheit der Gefängniszellen haben, und sie werden in den Wäldern von Parkhurst mit körperlichen Arbeiten beschäftigt. Jeder Mann hat einen arbeitsfreien Tag in der Woche um im eigenen Garten arbeiten zu können. Die Gefangenen tragen Schiffermützen, blaue Jacken und eine rote Armbinde, die das Zeichen ihrer guten Führung ist. Sie essen gemeinsam und verplaudern nach getaner Arbeit gemütlich die Abendstunden, rauchen und lesen Zeitungen und Bücher, die ihnen geliefert werden. Sie werden für ihre Arbeit entlohnt und dürfen sich in einem Konsum kaufen, was sie wollen, ausgenommen alkoholische Getränke. Ihre Ferien sollen etwa drei Wochen dauern.

Der Schiffszusammenstoß bei Rhode Island. Der große Dampfer „Boston", auf dem sich 400 Personen befanden, kollidierte auf der Fahrt nach Neuyork bei dichtem Nebel auf der Höhe von Newport Rhode Island mit dem Oeltankschiff „Switarew". Die meisten Passagiere konnten in die Rettungsboote gebracht werden; der Kapitän und die Offiziere blieben auf dem Schiff zurück. In der Hoffnung, daß das sinkende Schiff noch zu retten sei, wurden inmitten dichtesten Nebels qualvolle Stunden verbracht, während zahlreiche Dampfer auf drahtlosem Wege angerufen wurden, die rasch zur Hilfe herbeieilten. Es gelang, alle Boote in Sicherheit zu bringen, und man bemüht sich jetzt, die „Boston" mit Hilfe von Schleppdampfern in den Hafen zu bringen. Fünf Passagiere der „Boston" sind bei der Kollision ums Leben gekommen.

Sport.

Am 19. und 20. Juli fand in Itzehoe das 5. Kreisschwimmfest der Norddeutschen Wassersport-Vereinigung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Empfangen von dem Trommler- und Pfeiferkorps der Itzehoer Arbeiter-Turner ging es mit klingendem Spiel zur Badeanstalt. Dortselbst fanden Wasserballspiele statt. Der Itzehoer Verein veranstaltete einen gut gelungenen Lampionreigen. Am Sonntag wurden nach einer kurzen Ansprache des Kreisvorsitzenden, die weiteren Konkurrenzen ausgetragen. Gut ausgeführt wurde unter anderem der von dem Harburger Verein geschwommene Kunstreigen. Lübeck konnte im großen und ganzen zufriedend abschneiden. In der 3 × 50 m Bruststaffette für Frauen konnte Lübeck den 3., im 100 m Brustschwimmen für Frauen den 4., in der 4 × 50 m Lagenstaffel für jugendliche Männer ebenfalls den 4. Platz behaupten. Wasserballspiel Lübeck II gegen Altona II 4 : 3. Lübeck II geht somit als bester der B-Klasse hervor. In einem scharfen Gesellschaftsspiel traf sich Lübeck I mit dem Kreismeister Hamburg I. Trotz größter Anstrengung beider Mannschaften, wobei Hamburg sehr oft körperlich spielte, endete das Spiel mit 1 : 1 als unentschieden. Alles in allem hat das 5. Kreisschwimmfest gezeigt, daß die Arbeiter-Wassersportbewegung vorwärts schreitet. E. B.

Der Freie Wassersportverein e. V. veranstaltet am Sonnabend dem 26., abends 7½ Uhr und am Sonntag, dem 27. Juli, nachm. 2½ Uhr, sein 4. Schwimmfest in der Badeanstalt Krähenteich. Gemeldet haben sich 8 auswärtige Vereine, sodaß interessante Kämpfe zu erwarten sind. Es finden statt am Sonnabend: Wasserballspiel, Gruppenspringen, Lampionreigen und der Sprung durch den Feuerring, die Sensation des Abends. Am Sonntag unter anderem: Reigen, Rettungsvorführung, Staffeln, Pantomine, Wasserballspiele, darunter zwei Serienspiele: Lübeck I—Altona I, Lübeck II—Vergedorf I. Da beide Mannschaften bemüht sein werden, den Sieg auf ihre Seite zu bringen, werden auch diese Spiele interessante Momente zeigen. Daher auf zum 4. Schwimmfest des Fr. W.-V. L., in der Krähenteich-Badeanstalt. E. B. (5776

Bezirksturnspiele des 6. Bezirks.

Spielplan vom 27. Juli bis 7. August 1924.

A. Schlagball:

Dat.	Zeit	Nr.	Gegner	Kl.	Platz	Schiedsrichter
26. 7.	3.00	160	Stockelsdf.-Moisling	1	Stockdf.	Hey, Abt. II
28. 7.	7.00	156	L. Abt. I-L. Abt. II 1a	1	Bunh.	Saueracker, BSV.
„	„	157	BSV.-Moisling	1	Moislg.	Schmidt, Stockdf.
„	„	158	Kücknitz 2-Seeretz 2	2	Kücknitz	Mellentin, Schlut.
„	„	159	Lüb. Abt. II 2-BSV. 2	2	Bunh.	Heuer, Stockelsdf.
31. 7.	„	162	Lüb. Abt. I 2-Kücknitz 2	2	Kücknitz	Klein, Schlutup
3. 8.	9.00	119	Lüb. Abt. II 1a-Schlut.	1	Bunh.	Stoll, Abt. I
„		161	Lüb. Abt. II 2-Schlut. 2	2	„	Schild, Abt. I
7. 8.	7.00	163	Lüb. Abt. II 2-Seeretz 2	2	Seeretz	Duschulei, Stockdf.
„	7.30	164	BSV. 2-Kücknitz 2	2	Bunh.	Behrendt, Moislg.

B. Faustball:

28. 7.	7.00	165	FSV. 1a-Stockelsd. 1a	1	Bunh.	Schrader, Abt. II
„	„	166	FSV. 1b-Stockelsd. 1b	1	„	Kirchner, BSV.
„	7.40	167	FSV. 1a-Stockelsd. 1b	1	„	Schrader, Abt. II
„	„	168	FSV. 1b-Stockelsd. 1a	1	„	Kirchner, BSV.
29. 7.	7.00	199	L. Abt. II 1c-Moisl. 1a	1	Moisl.	Roser, BSV.
„	7.40	170	L. Abt. II 1c-Moisl. 1b	1	„	„
„	7.00	171	Stockdf. 1a-Stockdf. 1b	1	Stockdf.	Vernimb, BSV.
31. 7.	„	73	Lüb. Abt. I-BSV 1b	1	Bunh.	Kasten, FSV.
„	„	174	L. Abt. II 1a-BSV. 1a	1	„	Wöst, FSV.
„	7.40	175	L. Abt. II 1c-BSV. 1b	1	„	„
„	„	176	Lüb. Abt. I-BSV. 1a	1	„	Kasten, FSV.
3. 8.	9.00	177	Lüb. Abt. I-Stockdf. 1a	1	„	Mellentin, Schlut.
„	„	178	BSV. 1a-Stockdf. 1b	1	„	Schrader, Abt. II
„	„	181	BSV. 2b-Stockdf. 2	2	„	Hey, Abt. II
„	9.40	179	BSV. 1b-Stockdf. 1a	1	„	Roocks, Abt. II
„	„	180	Lüb. Abt. I-Stockdf. 1b	1	„	Schrader, Abt. II
„	„	183	BSV. 2b-Lüb. Abt. I 2	2	„	Hey, Abt. II
„	10.20	185	Schlutup-Lüb. Abt. I	1	„	Behrendt, Moisl.
„	„	172	Schlut. 2-Lüb. Abt. I 2	2	„	Rahn, Moisling
„	„	184	BSV. 2a-Stockelsd. 2	2	„	Herzberg, Moisl.
„	11.00	186	BSV. 1a-L. Abt. II 1b	1	„	Behrendt, Moisl.
„	„	173	Schlut. 2-L. Abt. II 2	2	„	Rahn, Moisling
„	„	182	BSV. 2a-L. Abt. I 2	2	„	Herzberg, Moisl.
7. 8.	7.00	187	FSV. 1a-L. Abt. II 1a	1	„	Zühlsdorf, BSV.
„	„	188	FSV. 1b-L. Abt. II 1c	1	„	Lichtenstein, „
„	7.40	189	FSV. 1a-L. Abt. II 1c	1	„	Meyer, BSV.
„	„	190	FSV. 1b-L. Abt. II 1a	1	„	Plagemann, BSV

Die Nenngelder und der Bezirksbeitrag müssen unbedingt bis 3. August bezahlt sein, sonst Streichung der Mannschaften.

5803) Der Spielausschuß. J. A.: A. Rahlfs.

Vereinigtes Trommler- und Pfeiferkorps, 3. Kr., 6. Bez. Es werden sämtliche Hornisten und von jedem Verein 2 Flötisten und 2 Tambure ersucht, sich am Freitag abend 8 Uhr im Sportheim einzufinden. P. W.

Briefkasten.

E. G. Wir sind gewiß dankbar für brauchbare Mitteilungen. Doch über einen am Orte vorgekommenen Unglücksfall nach zehn Tagen zu berichten, das geht mit dem besten Willen nicht. Geht die Uebermittlung wirklich nicht schneller?

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 23. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der heutige Markt verlief ruhig. Der Konsum ist zurzeit versorgt und hält mit weiteren Ankäufen wegen der Geldknappheit zurück. Das Angebot neuer Wintergerste ist nicht voll unterzubringen. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo (4,20 Rentenmark = 1 Dollar). Weizen 170 bis 176, Roggen 134 bis 140, Hafer 142 bis 150, Sommergerste 168 bis 172, Wintergerste 160 bis 167 Mk., alles ab inländischer Station einschl. Vorpommern. Ausländische Gerste 193—195, Mais loko, 150—152 Mk., frei Kaiwaggon. Oelkuchen fest, bei ganz kleinem Geschäft.

äußerst primitiv ausfallen wird und vielleicht nicht einmal gegen die

häufigen starken Regengüsse

hinreichenden Schutz bietet. Eine einfache Feuerstelle, der unentbehrliche Backofen und die nötigsten Möbel, wie Bettstatt, Tisch und Stühle, müssen selbst angefertigt werden. Das unentbehrliche Wasser muß einem naheliegenden Bach oder Flüßchen entnommen und vor dem Gebrauch als Trinkwasser abgekocht werden. Die Ernährungsweise ist höchst einfach und läßt an Gleichmäßigkeit nichts zu wünschen übrig. Das brasilianische Nationalgericht, Reis und schwarze Bohnen, gibt es morgens, mittags und abends, jedenfalls zu jeder Mahlzeit. Bestenfalls mit Beigabe des uns Mitteleuropäern widerlichen Dörrfleisches und dem aus der getrockneten Mandiowurzel hergestellten grießartigen Parinha-Mehl. Eine ziemlich wildwachsende Knollenfrucht, die Batate oder „süße Kartoffel", vertritt die Stelle unserer Kartoffel, und das derbe Maisbrot vervollständigt die tägliche Speisekarte. Ist erst ein Hühnervolk vorhanden, dann wird das Fleisch des Geflügels natürlich dem unappetitlichen Dörrfleisch vorgezogen. Frisches Fleisch ist bei der großen Hitze begreiflicherweise schnellem Verderben ausgesetzt und kommt deshalb seltener auf den Tisch des Kolonisten; Dauerwurst und Räucherwaren müssen aus dem gleichen Grunde stark gewürzt und gut konserviert werden. Das Hauptgetränk ist neben Kaffee ein in Europa kaum dem Namen nach bekannter Tee, der von den Blättern des neuerdings viel kultivierten Mattebaumes bereitet wird. Hat der Kolonist Gäste, so macht die „Kuje" oder „Schimeron" die Runde, ein birnenförmiges, naturgewachsenes, handliches Holzgefäß, das mit dem bitteren „Matte" gefüllt ist, tropfenweise mit heißem Wasser nachgefüllt wird und mit einem Saugröhrchen von Mund zu Mund geht. Es gilt als Beleidigung, sich hiervon auszuschließen; aber der Europäer gewöhnt sich nur schwer an diese Sitte.

Ist der geschlagene Urwald in der Sonne nach einigen Wochen genügend ausgetrocknet, so wird das dürre Unterholz niedergebrannt, während man die angekohlten dickeren Stämme an Ort und Stelle liegen und auch die Baumstümpfe ruhig stehen läßt. In die als Düngung dienende Asche werden die Pflanzenlöcher gehackt und die Aussaat in erster Linie von Mais, schwarzen Bohnen, Bataten, Mandiok, Reis usw. beginnt. Die Bodenbearbeitung mit Spaten und Pflug kommt gewöhnlich

erst nach 5—10 Jahren

in Frage. Da im übrigen die meisten Kolonisten über viel zu wenig Barmittel verfügen, um sich bis zur ersten Ernte über Wasser zu halten, so müssen schon vorher die besseren Kleidungsstücke, Schmuck usw. für Schleuderpreise verkauft werden. Auch die mitgebrachten Jagdwaffen gehen häufig diesen Weg und bringen infolge großen Angebots schlechten Erlös. Wild, wie Rehe und Hasen sind im Urwald verhältnismäßig selten anzutreffen. Für die Ausübung der Jagd ist auch die Undurchdringlichkeit des Urwaldes ein Hindernis. Die Beschaffung von Vieh, wie Schweine, Ziege oder gar Kuh und Pferd kommt frühestens erst nach der ersten Ernte in Frage und ist auch dann häufig noch nicht möglich. Als Lichtspender wird in der Behausung des Kolonisten eine Kerze oder bestenfalls eine Petroleumlampe dienen. Der nächste Kaufladen, „Vende" genannt, wo der Kolonist seine Bedarfsartikel kaufen und seine Erzeugnisse verkaufen kann, liegt meistens stundenweit entfernt, während zur Erreichung des nächsten Stadtplatzes gar Tagesreisen erforderlich sind. Für seine Erzeugnisse wird der Kolonist mit wahren Spottpreisen abgefunden und ist meist genötigt, seinen Bedarf in der Vende auf Kredit zu entnehmen, wofür er seine Ernte im voraus verkaufen muß. Zum Beispiel werden dem Kolonisten im Urwald für das Dutzend Eier etwa 12—18 Pfennig gezahlt, während in den Städten dafür der fünf- bis achtfache Preis erzielt wird. Den Verdienst stecken die Händler ein. Infolge der Transportschwierigkeiten und der damit verbundenen Kosten sind auch die prächtigen Harthölzer des Urwaldes schlecht wegzuschaffen und ihrem Werte entsprechend abzusetzen. Die durch den Urwald führenden Wege sind auf weite Strecken häufig nur Fußpfade, an deren Stelle gewöhnlich erst in der Nähe des „Stadtplatzes" geradezu lebensgefährliche schlechte Fahrwege treten, die über Berge und durch Flußläufe führen, sich stolz „Automobilstraßen" nennen, aber einen Vergleich mit unseren Feldwegen nicht aushalten. In der einige Monate anhaltenden Regenzeit, die unserem Winter entspricht, verwandeln sie sich oft in gänzlich unpassierbaren Morast und Wassertümpel.

Die meisten Kolonisten mit ihrer Familie werden von den Akklimations-Krankheiten oder dem sich oft wiederholenden Wechselfieber heimgesucht und nur wenige von ganz robuster Natur bleiben davon verschont. Das ungewohnte feuchtheiße Klima geht kaum an jemand spurlos vorüber; man sagt im Volksmunde, daß „das Blut dünner wird". Der Klimawechsel, die schlechten Wasserverhältnisse und die gänzlich veränderte Lebens- und Ernährungsweise geben den Anlaß zu hartnäckigen Hautausschlägen und Geschwüren, sowie zu häufigen Verdauungsstörungen, die sich durch Appetitlosigkeit, Verstopfung und Durchfall äußern, oft von Fieber begleitet sind und zu einem Versagen anderer wichtiger Organe, wie Leber, Milz und Galle, nicht selten sogar zum Tode führen, da es natürlich an der erforderlichen Pflege und Behandlung fehlt, denn

Arzt und Apotheke sind weit entfernt.

Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß der Kolonist Wert auf gute Nachbarschaft legt, auch wenn die Nachbarn Nichtdeutsche, Italiener, Brasilianer oder Polen sind. Die schöne Sitte der

Gastwirtschaft wird sehr gepflegt,

und kein müder oder durstiger Wanderer wird vergeblich um ein Obdach oder einen Imbiß oder einen erfrischenden Trunk zu bitten haben, jedoch ist es landesüblich und erscheint auch geboten, nie ein fremdes Haus oder Grundstück zu betreten, ohne sich vorher durch Händeklatschen bemerkbar gemacht zu haben und zum Nähertreten aufgefordert zu sein. Das brasilianische Hausrecht verleiht dem Grund- oder Hausbesitzer im Bereich seines Anwesens eine große Gewalt, und derjenige, der auf seinem Grundstück einen anderen niederschießt, ob in der Abwehr oder nicht, wird kaum eine Strafe erhalten.

Die Besitzverhältnisse des Grund und Bodens in Brasilien sind vielfach noch recht unklar, das früher in den zahllosen Revolutionen, die das Land durchzumachen hatte, von den jeweils regierenden Cliquen an die Parteianhänger große Ländereien verteilt worden sind. Diese Landzuteilungen sind teilweise ordnungsmäßig registriert worden, in vielen Fällen ist aber das Besitzrecht zweifelhaft. Da diese Ländereien meistens im Urzustande belassen wurden, so kommt es vor, daß sie nach der Vermessung an Kolonisten zugeteilt werden. Es gehörte früher nicht zu den Seltenheiten und kommt heute auch noch vor, daß der Kolonist vielleicht nach langjähriger Arbeit „sein" Grundstück verlassen und alles, was er darauf geschaffen hat, zurücklassen muß, weil sich ein anderer einfindet, der einen älteren Besitztitel aufweisen kann. Vor solchen Zufälligkeiten kann sich niemand schützen. Bei Erwerb von Ländereien aus Privathand ist ebenso größte Vorsicht und vorherige Prüfung der Besitztitel geboten. Gesetz und Recht sind drüben anderer Art. Einen Prozeß zu führen und zu gewinnen wird nur demjenigen möglich sein, der es sich leisten kann, Advokaten und Richter durch klingende Beweise zu seiner Rechtsauffassung zu bekehren.

Schule und Kirche finden sich gewöhnlich schon im „Stadtplatz" vor. Der Schulunterricht beschränkt sich in den Südstaaten neben portugiesisch und deutsch auf die Elementarfächer, wird in manchen Gegenden auch von Lehrern erteilt, die keine seminaristische Ausbildung genossen haben.

Schulzwang besteht nicht.

Die ungünstige Verkehrslage bringt es mit sich, daß ein regelmäßiger Schulbesuch nicht möglich ist. Dem Lernenden geht daher in den vielen Fehltagen oft verloren, was er in den wenigen Unterrichtsstunden gewonnen hat. Geistige Nahrung und Anregung ist überhaupt rar. So ist es kein Wunder, daß der Kolonist im Laufe der Zeit dumpf und stumpf wird und sich dem Urzustande bedenklich nähert und daß auch die Kinder mehr oder weniger verwahrlosen und verwildern. Besitzt der dies erkennende Kolonist noch die physische und moralische Kraft, sich seiner Lage klar zu werden, dann wird er sein Besitztum um jeden Preis verlassen und versuchen, in der Stadt irgendwelche Arbeit und Verdienst zu finden, um unter Verzicht auf seinen uneinbringlichen materiellen Einsatz wenigstens sich selbst und seine Familie vor dem im Urwald drohenden Untergang zu bewahren.

Mein Saison-Ausverkauf beginnt Freitag! Albert Meincke, Lübeck

Fundsachen.

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Eutin-Lübecker Eisenbahnen in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1924 gefundenen Gegenstände werden am **8. September 1924 von 9 Uhr vorm. ab** versteigert, soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert worden sind (§§ 980/1 BGB.) (5784

Das Fundbüro der Lübeck-Büchener Eisenb.-Gesellschaft.

Allen denen, die unserm teuren Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und den Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Kollegen **Rocksien** für seine trostreichen Worte am Grabe unserntiefgefühlten Dank

5703 **Familie Brüggmann.**

Plätterin gesucht für Privathaus. (5800 Königstraße 48 a, II.

Kinderklappstuhl zu verk. 5759) Dankwartsgr. 63, II.

Babykorb und Sportwagen mit Verdeck zu verkaufen (5796 **Westphal**, Glockengießerstraße 60, I.

N. Dam.- u. H.-Rad z. vk. 5786) Hundestr. 76, I. v.

Neues Chaiselongue und Sofa, Eßzimmerstühle billig zu verkaufen **C. Effinger**, Tapezier 5793) Reiferstraße 26 a.

Peddigr.-Kinderwagen zu verkaufen (5801 Vorbeckstraße 13a.

---

1 P. getr. br. Kinderstiefel (Gr.32), bill. z. verk. Dal. kl. Katze zu versch. (5777 Adlerstr. 46a, pt., I.

Zu kaufen gesucht gr. Reisekoffer. Ang. m. Pr. unt. D 256 a. d. Exp. (5760

Deutscher Verkehrsbund

5771

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Kohlenakkord- und Platzarbeiter

am Freitag, d. 25. Juli abends 7½ Uhr **im Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Chor-verein Lübeck.

Freitag, den 25. Juli abends 8 Uhr

Treffpunkt der Chöre bei Hennings, Augustenstraße.

Zahlreiches Erscheinen erwartet (5789

Der Obmann.

Gasthof am Kreuzweg Seeretz.

5804)

Gr. Sommernachtsball

vom Lübecker Bandonium-Quartett

am Sonnabend, 26. Juli

Anfang 7½ Uhr

Um 10 Uhr: Auftreten des jugendlichen Kraftmenschen **Max Florian Otrembnik**

Um 12 Uhr: Große Laternenpolonaise.

Das Festkomitee.

Eine Partie

billigen Käse

eingetroffen! 5761

Ia. Tilsiter, mager	M 0.30
Ia. Tilsiter, ¼ fett	M 0.40
Ia. Tilsiter, ½ fett	M 0.60
Ia. Limburg. ½ fett	M 0.48
Ia. Romadour ...	M 0.32
Ia. harte Bauernwurst	M 2.00
Ia. Cervelatwurst ..	M 1.60
Ia. ger. Mettwurst .	M 1.30
Ia. Kohlwurst ...	M 1.00
Ia. ges. Schweinepf.	M 0.23
Ia. Rindertalg ...	M 0.40
Ia. Schweineschmalz	M 0.70
Ia. Wurstfett	M 0.50
Ia. Konstspeisefett .	M 0.50
Zucker b. 10 ℔ 0.35	M 0.36

Fritz Block,

Lebensmittel-Handlung en gros en detail

Schwönekenquerstr. 18

Obst und Gemüse Kartoffeln

5764

zu den billigsten Tagespreisen

Emma Möller

Engelsgrube 63.

Eimerbier.

Freitag von 4—6 Uhr. 5730) **Brauerei Wilcken.** sowie Arnimstr. 21 a, Travelmannstr. 21 und Kronsforder Allee 53.

Tischler-Repar. u. Polierarbeit übern. **Bonau**, 5757) Lg. Lohberg 47, I.

Empf. m. Friseurgeschäft. Anfertig. aller Haorarb. **F. Lichtenstein**, Friseur, Gr. Burgstr. 11 (i. Fl.) 5763

Sozialistische Klassiker

*

Ferdinand Lassalle

Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von Dr. **Karl Renner**

geb. **8 Mark**

*

August Bebel

Der Mann und sein Werk

von **Franz Klühs**

geb. **6 Mark**

Buchhandlung des **Lübecker Volksboten**

Johannisstr. 46.

Achtung! Raucher!

Staunend billige Preise im 5782

Zigarrengeschäft Gustav Reincke

Fünfhausen 26.

---

50. Todestag Fritz Reuters

Ausgewählte Werke

3 Bände Ganzleinen 13.50 Mk.

Buchhandlung des **Lüb. Volksboten**

Es bringt Ihnen Nutzen

wenn Sie dieses Angebot besonders prüfen.

Herren-Anzüge wieder **sehr billig**
Manchester-Hosen 12.50 9.80
Feldgraue Hosen . . . 9.50 6.50
Gute Stoff-Hosen . . . 7.50 4.85
Gestr. Hosen 12.50 7.50 4.75
Schwarze Tuchhosen 19.50 11.50

Untertaillen mit Stickerei . . . 85 ₰
Sehr eleg. Untertaillen 1.45 1.25
Gute Damen-Hemden 1.45
Gutes Hemd mit Hohlsaum . . 2.25

Kostüme, elegant gefüttert . . 14.50
Kostüme, Cheviot, reine Wolle 29.00
Kostüme, Gabardina, sehr vornehme Machart, Schneiderkostüm . . 48.00
Dam.-Wint.-Mäntel, Flauschst. 14.50
Alpaca-Mäntel, gute Qualität 16.50
Covercoat-Mänt., haltb. Stoffe 6.95
Donegal-Tuch, Astrachan-Mäntel

Vornehme Straßenkleider 3.95
in gemust. hübschen Dessins . . 4.75
Seiden-Trikot-Kleider . . 17.50
Weiße Voile-Kleider, vornehm, mit reichen Zwischensätzen . . 12.75
Solide Straßenröcke 1.65
Weiter Frauenrock 2.95
Reinwoll. Cheviot-Rock . . . 5.90
Hellgestr. Röcke, reine Wolle . 6.95
Blusen, in großer Auswahl, sehr billig

Arbeiter-Stiefel, rein Kern . . 7.95
Eleganter Sonntags-Stiefel 8.75
Schöner Damen-Halbschuh 4.95
Damen-Lackstiefel, sehr eleg. 6.00
Gutes Barchenthemd 2.65
Prima Einsatzhemd 2.45
Wollgem. Normal-Hemd . . 2.45
Damen-Hemd, guter Stoff . . 1.45

Ein Posten Herren-Hosen, gute Ware 4.85
Gute Kammgarn-Hosen . . . 7.50
Gute Hemdentuche, o. Appr. 69 ₰
Etamine, 120 cm breit 1.25
Musseline . . . . von 69 ₰ an

Sämtliche Kurzwaren gut und billig!

Durch großen Wareneinkauf bin ich wieder gut sortiert und offeriere zu

staunend billigen Preisen!

Kaufhaus des Ostens

Franz Wehrendt 5805 **Untere Hüxstraße 110**

---

1 Jahr volle Garantie

Gebe einen Posten guter

Fahrräder

zu besonders **billigen** Preisen ab.

Damenrad sehr kräftig . . . M. **100.—**
Herrenrad sehr kräftig . . . M. **95.—**

Großes Lager von Zubehörteilen!

Fahrrad-Haus

Ernst Wehrendt

56 Engelswisch 56 5794

Pa. dän. Blasenschmalz 74 ₰

in ganzen Blasen 72 ₰

Allerfeinste Meiereibutter 1.90
Vollfetter Schweizerkäse 1.30
Prima Limburger 30 ₰ 5798

W. Beckmann, Beckergr. 33

Feinster alter Fettkäse ℔ 30 ₰
Ia. Limburger Fettkäse ℔ 40 ₰

Käse-Großhandlung

Große Burgstraße 48. 5790

Privat-Handelskurse.

Die Unterrichtskurse für Stenographie und Buchhaltung beginnen am 28., die Oberkurse beginnen am 29. Juli. (5771

Karl Hinzpeter, Moltkestraße 5.

Jeden Dienstag und Freitag von 3—6 Uhr:

Eimerbier.

5773 **H. Bade.**

Billig und zuverlässig!

Uhrenreparaturen

1 Jahr Garantie.

Herm. Voß, Uhrmacher

Jetzt nur **Fleischhauerstr. 36.**

(5774)

Eimerbier

Dienstags und Freitags von 4—6 Uhr

5787) **Brauerei Stamer,** Meierstraße 15 und Warendorpstraße 19a.

In meinem Saison-

Ausverkauf

ab **Freitag,** den **25. 7.,** bringe ich erstklassige Waren zu sehr billigen Preisen, die z. T. weit unterm Einkauf liegen

Einige Beispiele:

D'Strümpfe pr. Seidengriff, schw., Doppels., Hochf. jetzt **95** ₰
D'Strümpfe pr. Seidenfl., farb. Doppels., Hochferse . . jetzt **1.25**
D'Strümpfe Ia. schw. Seidenfl. in allen Farben . . . jetzt **2.25**
D'Strümpfe vorz. S.-Fl., schw. Doppelsohle, Hochf., . . jetzt **1.75**
D'Hemden prima Qualitäten . . . . . . jetzt 2.30 1.95 **1.48**
D'Schürzen Ia. Water . . . . . jetzt 2.95 2.60 **2.25**
Frotté moderne Muster . . . . . jetzt 3.50 2.90 **2.50**
Mousseline hübsche neue Muster . . . jetzt 1.45 1.30 **1.20**
Geschirrtücher g. Qual. jetzt 35 ₰
Handtücher pr. Qual. jetzt 75 ₰
Bettbezüge, fertig . . . . . . jetzt 6.50 5.50 **4.50**
Bettlaken 140/225, jetzt 4.50 3.35
Streifsatin 140 cm br., beste Ware . . . . jetzt **2.70**
Linon 160 cm breit, prima Qualität . . . . jetzt **2.35**
Rohnessel 80 cm breit . . . . . jezt 80 ₰ 68 ₰ **58** ₰
Rohnessel 140 cm breit . . . . jetzt 1.65 **1.35**
Schürzenstoff Ia., 120 breit . . . . jetzt 1.70 **1.58**
Schürzendruck prima Ware . . . . jetzt 1.60 **1.40**

Sommer-Joppen in großer Auswahl **6.80 6.50 6.25 5.30**

Schlupfhosen, Prinzeßröcke, Taschentücher, Zipfelmützen Kinder-Strümpfe, Blusenflanelle, Kleiderdruck, Bettzüchen, Badelaken

Auf nicht herabgesetzte Waren 15 Proz. Rabatt

MAX OELZE

1 Fünfhausen 1 (5791

Wirklich billige Angebote!

Reelle Herren-Konfektion

Starke Buckskinhosen 5.95, Pilothosen 5.95, Breecheshosen 6.95, 9.80. **Eleg. Anzüge** 29.-, 38.-, 49.-, 58.- **Sommerpaletots** 34.50, leichte Sommerjoppen 5.95, 7.80, dto. Hosen 4.95, 6.95. Knaben-Anzüge 6.95, 9.80. **Knaben-Waschblusen** 2.50, 2.95, dto. Hosen 1.95, 2.75. **Eleg. Gummimäntel** 19.50, 23.—. Lodenmäntel 18.—, 23.—. **Berufs-Kleidung:** Schlosser-, Schlachter-, Kellner-, Friseure, Koch, Konditor usw. Strohhüte 0.95, Mützen 0.95, Kammgarnhosen von 6.95 an.

Reelle Schuhwaren:

Elegante Herrenstiefel 10.50, 12.50, 14.50. Damenhalbschuhe 6.50, 7.25, 8.50. Kinderstiefel alle Größen, **schwarz, braun** und **weiß.** Arbeitsstiefel 7.95. Schaftstiefel 12.50. Sportstiefel 16.50. **Weiße Damenschuhe** 3.95, 4.25, 4.75. 1 Posten Turnschuhe u. Sandalen, Pantoffel usw. **sehr billig.** Ledergamaschen 10.45. Reitstiefel 32.—, 37.—. Leder-Hausschuhe 3.75. Filz-, Holz-, Lederpantoffel usw.

Mod. Damen-Konfektion:

Damen-Waschkleider 10.25, 12.50, gem. Voile 12.—, weiß Voile-Kinderkleider 4.70, 5.50. Kostüme 17.50, 36.—, eleg. Damenmäntel 9.50, 12.50, 17.50, 24.—. Kleiderröcke 3.90, 5.75, 7.25. Elegante **Strickjacken** 11.75. Elegante **Jumper** 8.50. Gummimäntel 25.50. Hemdbluse 2.50, Voileblusen 4.25, eleg. Rips, Tuch, Alpaka, imprägniert.

Schicke Kleiderstoffe:

Baumwoll. Mousseline 0.90, 1.10. Frottee 2.70, 3.20. Blusenkrepp 1.50. Voile 1.70. Schürzensatin 1.70. Leinen 2.—. Pique 98 Pfg. Inlett 2.95. Gardinen 1.—. Streifsatin 2.50 usw. Cheviot, Buckskin, Manchester 5.90, Anzugstoffe, Aussteuer usw. (5797

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Gut — reell — billig.

Nr. 17. Nr. 17.

Sommerzeit!

Blühende Linde, wie schön ich das finde, berauschender Duft, köstliche Luft.

Kennst Du das Land, wo die Stiefeln blühn? Und die prächtigen Schuhe paarweise vorüberziehn? Dahin, dahin geh ich mit Dir, nach **O. Schröder,** Schuh-Spez.-Gesch., so ist's recht, **Balauerfohr 17.**

(5779)

Selbstbesohler!

Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- " " " " 0.60—1.00

Garantiert rein Kern!

Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 5772

Fünfhausen 7

Stadthallen-Garten

Täglich von 4—11 Uhr

Schenck-Konzerte

Bei ungünstiger Witterung in den Restaurationsräumen. 5769

Luisenlust

Jeden Freitag: 5775

Großes Tanzkränzchen

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (5758